

# Abschiebungen in den Kosovo enden in der Ausweglosigkeit

**Kritische Begleitung einer Delegationsreise des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtags zur „Unterrichtung über die Lebensumstände und Perspektiven von aus Deutschland zurückgeführten Personen, insbesondere von Volkszugehörigen der Roma, in der Republik Kosovo“**

Von Stephan Dünwald /Kenan Emini



# Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Vorbemerkung  | 3  |
| Zusammenfassung   | 4  |
| Die Vorabrecherche: Gespräche mit betroffenen Flüchtlingsfamilien | 5  |
| Die Delegationsreise  | 15 |
| Die einzelnen Stationen der Delegationsreise                      | 16 |
| Erster Tag: Montag 23.04.2012                                     | 16 |
| Zweiter Tag : Dienstag, 24.04.2012                                | 19 |
| Dritter Tag: Mittwoch, 25.04.2012                                 | 23 |
| Empfehlungen  | 26 |

# Impressum

## Autoren:

Stephan Dünnwald /Kenan Emini

Veröffentlicht im Juli 2012

**Foto Titelseite:** Rom in Wohnanlage,

© Roma Center Göttingen

## Herausgeber:

PRO ASYL

Postfach 16 06 24

60069 Frankfurt/M.

**Telefon:** (+49) 069 - 23 06 88

**Fax:** (+49) 069 - 23 06 50

**E-Mail:** [proasyl@proasyl.de](mailto:proasyl@proasyl.de)

[www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

## PRO ASYL Spendenkonto

Konto-Nr. 80 47 300

Bank für Sozialwirtschaft Köln

BLZ 370 205 00

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Langer Garten 23 B

31137 Hildesheim

**Telefon:** (+49) 05121 – 15605

**Fax:** (+49) 05121 – 31609

**E-Mail:** [nds@nds-fluerat.org](mailto:nds@nds-fluerat.org)

<http://www.nds-fluerat.org>

## Flüchtlingsrat Niedersachsen

Kontonr.: 4030 460 700

BLZ: 430 609 67 (GLS Gemeinschaftsbank eG)

**PRO ASYL**  
DER EINZELFALL ZÄHLT.

 **Flüchtlingsrat**  
Niedersachsen e.V.

## Vorbemerkung

■ Vom 22. bis 26. April 2012 besuchte eine Delegation des Ausschusses für Inneres und Sport des Landtags Niedersachsen die Republik Kosovo. Neben acht Mitgliedern des Ausschusses und zwei Vertretern der Landtagsverwaltung nahmen je ein Vertreter der Caritas Niedersachsen, des niedersächsischen Landkreistags und des Innenministeriums teil. Für Flüchtlingsorganisationen nahmen die Autoren dieses Berichts, Kenan Emini vom Roma Center Göttingen, und Dr. Stephan Dünnwald für den Niedersächsischen Flüchtlingsrat und PRO ASYL, an der Reise teil. Wir beide reisten einige Tage vorab in den Kosovo, um außerhalb des Zeitkorsetts der Delegationsreise verschiedene kleinere Vorrecherchen zu unternehmen. Wir kennen die Situation im Kosovo von früheren Recherchereisen, und beide befassen wir uns seit langem mit den Themen von Rückkehr und Abschiebungen.

Vorherige Recherchen schlossen auch die Untersuchung der Arbeit von deutschen Rückkehrhilfe-Einrichtungen ein, die im Kosovo tätig sind<sup>1</sup>. Im kleinen Staat Kosovo sind das Diakonische Werk Trier, die Arbeiterwohlfahrt Nürnberg mit eigenen Rückkehrbüros vertreten. Weiter unterhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Projekt namens URA (albanisch für Brücke), das 2007 mit EU Mitteln eingerichtet wurde und nach Ende der Laufzeit als URA 2 weitergeführt wird. Finanziert wird das Projekt inzwischen vom Bund und vier Bundesländern, darunter Niedersachsen. Die Recherchen der letzten Jahre erbrachten insgesamt das Ergebnis, dass die Unterstützung zu kurz greift, um mehr als eine minimale Hilfe bei der Ankunft zu sein. Selbst sogenannte freiwillige Rückkehrer, die meist durch Rückkehr eine drohende Abschiebung vermeiden wollen, bekommen unzureichende Hilfen für einen Neustart im Herkunftsland. Abgeschobene, die durch URA 2 unterstützt werden, bekommen nochmals reduzierte Unterstützung. Auch ist die Unterstützung in der Regel eng befristet, so dass eine Reintegration in dem kurzen Zeitraum nicht realistisch ist. Diese Befristung entspricht dem Willen der deutschen Geldgeber, die Rückkehrhilfen mehr als Ausreiseanreize betrachten.

Insbesondere das Projekt URA ist so konzipiert, dass es helfen soll, etwa von Gerichten feststellbare Abschiebehindernisse zu beseitigen, ohne jedoch wirkliche Hilfen bieten zu können. Das liegt nicht allein an den defizitären Angeboten und Möglichkeiten der Rückkehrbüros, sondern auch an den sozial, politisch, und vor allem auch ökonomisch außerordentlich schwierigen Rückkehrbedingungen im Kosovo, der mit Beratung und einem Taschengeld nicht beizukommen ist.

Die Delegationsreise wurde geplant in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft im Kosovo. Zum Reiseteam vor Ort gehörten ein Vertreter der Deutschen Botschaft sowie zwei Vertreter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die im Rahmen der Botschaft arbeiten.

Dieser Bericht beschreibt zunächst die Informationen aus den Vorrecherchen und anschließend chronologisch die einzelnen Etappen der Reise, die wir gemeinsam mit der Delegation durchführten.

<sup>1</sup> Vgl. vor allem PRO ASYL, Bayerischer Flüchtlingsrat (Hg.), [„Angeordnete Freiwilligkeit. Zur Beratung und Förderung freiwilliger und angeordneter Rückkehr durch Nichtregierungsorganisationen in Deutschland - Basierend auf der Untersuchung der Unterstützung von Rückkehrern in den Kosovo“](#), 2008.

## Zusammenfassung

Die Erfahrungen der Delegationsreise des Niedersächsischen Landtags in den Kosovo unterstreichen die existenzielle Gefährdung und Perspektivlosigkeit von abgeschobenen Minderheitenangehörigen. Als erstes Fazit halten PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Niedersachsen fest, dass nicht einmal die Ernährung und Unterbringung für Abgeschobene gesichert scheint, trotz eines von der kosovarischen Regierung aufgelegten Reintegrationsprogramms für Rückkehrer und der Hilfestellungen verschiedener deutscher Rückkehrbüros im Kosovo. Hilfeversprechen bestehen vielfach nur auf dem Papier. Abschiebungen in den Kosovo sind unter diesen Umständen Abschiebungen in existenzielle Gefährdungslagen. PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Niedersachsen sprechen sich für einen unverzüglichen Abschiebestopp aus.

Unisono appellierten Vertreter der Gemeinde Fushe Kosova an die Delegation, Abschiebungen zumindest so lange auszusetzen, bis Hilfsprogramme zuverlässig greifen. Die geäußerten Bedenken decken sich mit den Informationen, die wir im Vorfeld der Delegationsreise zum Funktionieren des Reintegrationsprogrammes gewinnen konnte. Das zentralistisch ausgerichtete Antragsverfahren, an dem nicht weniger als sechs Ministerien beteiligt sind, führt zum regelmäßigen Verschwinden von Anträgen, zu enormen Verzögerungen bei der Bearbeitung und selbst im Falle positiver Bescheide zu mehrmonatigen Verzögerungen in der Zuweisung von Geldmitteln und Sachleistungen. Da bisher ausschließlich existenziell notwendige Hilfsmittel beantragt werden können, Mietkosten, Lebensmittel und Brennholz, sind die strukturellen Defizite des Programms direkt existenzgefährdend. Es ist nicht absehbar, dass sich diese Defizite in absehbarer Zeit abstellen lassen, da gerade eine komplette Umorganisation des Verfahrens beschlossen wurde, deren Umsetzung wieder zumindest Monate benötigen wird.

Auch die zusätzlichen Bemühungen des vom Bund und vier Bundesländern finanzierten Rückkehrbüros URA 2 scheinen nicht hinreichend sicherstellen zu können, dass die Betroffenen zuverlässig von den Hilfsangeboten in Kenntnis gesetzt werden, dass Anträge zeitnah bearbeitet werden und Hilfsleistungen sicher und in hinreichendem Ausmaß erfolgen. Schließlich sind alle

Rückkehrern geleisteten direkten Hilfen befristet auf sechs Monate, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um weitere sechs Monate. In Anbetracht der psychischen Schocksituation, in der sich Abgeschobene, insbesondere die Kinder abgeschobener Familien, noch Monate nach ihrer Ankunft im Kosovo befinden, ist dies nicht ausreichend, um auch nur eine erste Reintegration zu begleiten.

Zahlreiche Abgeschobene, Erwachsene wie Kinder, weisen Symptome posttraumatischer Belastung auf sowie zusätzliche gesundheitliche Beeinträchtigungen. Trotz einiger Programme zur Verbesserung der psychischen Situation Abgeschobener ist die Wirksamkeit von Unterstützungsmöglichkeiten in Zweifel zu ziehen. Dies liegt zum einen an den sehr eingeschränkten Möglichkeiten dieser Programme, Mängeln bei den Ressourcen und der praktischen Kompetenz der geschulten MitarbeiterInnen, als auch an der Unfähigkeit von Abgeschobenen, sich nach der Abschiebung vertrauensvoll an die Träger der Hilfsangebote zu wenden. Hinzu kommt die insbesondere auch im Hinblick auf Kriegsoffer auf dem Balkan gewonnene wissenschaftliche Expertise, dass eine Traumabearbeitung zwar im sozialen Umfeld des Herkunftsortes gelingen kann, es dazu aber einer stabilen und gesicherten Existenz und der Abwesenheit angstverursachender Umstände bedarf. Beides ist hinsichtlich der Rückkehrer, insbesondere zurückgeführter Minderheitenangehörigen, im Kosovo keinesfalls als gegeben vorauszusetzen. Auch dass es sich bei dem wenigen psychologisch geschulten Personal der Rückkehrereinrichtungen ausschließlich um Angehörige der albanischen Bevölkerungsgruppe handelt, ist in diesem Kontext als Barriere zu sehen. Angesichts der allseits bestätigten bestehenden ethnischen Spannungen im Kosovo ist nicht davon auszugehen, dass Angehörige der Roma von psychologischen Hilfen Gebrauch machen können, die ihnen seitens der albanischen MitarbeiterInnen der Rückkehrbüros geboten werden.

Angehörige der RAE Minderheiten<sup>2</sup>, insbesondere der Roma, unterliegen weiterhin einer deutlichen Diskrimi-

<sup>2</sup> Als RAE Minderheiten gelten Angehörige der Roma, Ashkali, und Egyptian, welche im Kosovo unterschiedlich angepasste und integrierte ethnische Gruppen sind.

nierung, was insbesondere den Zugang zu Möglichkeiten der Existenzsicherung, der Gesundheitsversorgung und des Schulbesuchs betrifft. Die subjektive Sicherheitswahrnehmung, die auch geprägt ist von Berichten über tätliche Angriffe auf Minderheitenangehörige durch die albanische Bevölkerungsmehrheit und auch Übergriffe seitens der Polizei, führt zu starkem Mißtrauen und Angst vor allem unter den Roma-Angehörigen. So tragen nicht allein die Vorbehalte in Institutionen und albanischer Mehrheitsbevölkerung, sondern auch die Ängste der Minderheitenangehörigen dazu bei, dass bestehende Ansprüche an gesellschaftlicher Teilhabe in existenziellen Bereichen nicht einmal angemeldet, geschweige denn durchgesetzt werden. Bemühungen des kosovarischen Staates, diesen bekannten Missständen durch entsprechende Initiativen zu begegnen, sind höchst defizitär und erreichen augenscheinlich nicht die Betroffenen.

Insofern unterstreichen die Einschätzungen von PRO ASYL und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen die alarmierenden wissenschaftlichen Befunde, die unter anderem in den Berichten des UN-Kinderhilfswerks UNICEF zum Ausdruck gebracht werden. Eine Abschiebung führt in vielen Fällen zu einer Traumatisierung, welche die Abgeschobenen über Monate hinaus lähmt und eine Reintegration scheitern lässt, zumindest lange

verzögert. Unterstützung von Abgeschobenen sind höchst mangelhaft und führen nicht zur Reintegration. Der Suizid eines Mädchens aus einer schon vor einigen Jahren abgeschobenen Familie bosniakischer Volkszugehörigkeit, das sich eine Woche vor der Delegationsreise erhängt hat und in seinem Abschiedsbrief einen Bezug zur Rückkehr herstellte, signalisiert, dass diese Traumata lange anhalten können.

Abschließend stellt sich die Frage, inwieweit Delegationsreisen in dieser Form geeignet sind, sich ein Bild von der Situation Abgeschobener im Kosovo zu machen. Das Bemühen, sich einen persönlichen Eindruck zu verschaffen, verdient Anerkennung. Ob aber eine von der Deutschen Botschaft, den dortigen Mitarbeitern des Bundeamtes für Migration und Flüchtlinge und MitarbeiterInnen des Projektes URA 2 sowie des Niedersächsischen Innenministeriums vorbereitete und flankierte Reise geeignet ist, eine unvoreingenommene Sicht der Landtagsabgeordneten auf die Lage zu gewähren, scheint zweifelhaft. Die Interessenswahrung deutscher staatlicher Einrichtungen und die Gewährung eines unverstellten Blicks auf die Situation Abgeschobener unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten sind nicht immer harmonisch in Einklang zu bringen.

## **Die Vorabrecherche: Gespräche mit betroffenen Flüchtlingsfamilien**

### **Besuch bei Familie T**

Familie T in Prishtina lernte ich erstmals während der PRO ASYL Recherche 2008 kennen. Die Ts sind Albaner, sie waren in Fallingb. in Niedersachsen gut integriert, der Vater arbeitete als Fahrer im Safaripark, die Mädchen besuchten eine Handelsschule, der Junge ging zur Schule, bevor die Familie unter erheblicher Gewaltanwendung abgeschoben wurde. Eines der Mädchen folgte wenig später der Familie nach. Eine weitere Tochter war in Deutschland verheiratet und hatte dadurch einen sicheren Aufenthalt. Im Gegensatz zu den Besuchen 2008 und 2009 machte die Familie einen relativ zufriedenen Eindruck, allerdings nach wie vor bedrückt durch fehlende Arbeitsmöglichkeiten und

den Mangel an Perspektiven, weshalb sie noch immer nach Möglichkeiten zur Rückkehr nach Deutschland sucht. Die beiden Mädchen sind inzwischen verheiratet, eine in Gjakova, die andere in Deutschland. Der Sohn ist sehr erfolgreich in der kosovarischen Karate-Nationalauswahl. Dank wohlhabender Verwandter im Kosovo und regelmäßigen Überweisungen durch die Verwandten in Deutschland geht es der Familie finanziell nicht schlecht. Insbesondere die Lähmung durch den Schock der Abschiebung, die alle Familienmitglieder 2008 kennzeichnete, scheint heute überwunden. Auch wenn die Ausbildungs- und Arbeitsaussichten im Kosovo außerordentlich schwierig sind, scheint die Familie heute stabil.

## Besuch bei Familie M

Familie M kam Mitte 2001 nach Deutschland und wurde am 7.12.2011 für die Familie völlig überraschend abgeschoben, nach über 10 Jahren, in denen sie in Deutschland nur geduldet wurden. Vor ihrer Flucht hat die Familie in der Nähe von Gjakova gelebt. Dorthin können sie aber nicht zurück. Die Familie hat dort nichts mehr und die Eltern fürchten, von früheren albanischen Nachbarn wiedererkannt zu werden, die sie vor Jahren verfolgten und in die Flucht trieben. Die Jüngste der sechs Kinder zwischen neun und 20 Jahren ist in Deutschland geboren.

Die Familie berichtet außer der Miete für die Wohnung in Gjakova, die auf sechs Monate befristet ist, einmalig 50 Euro pro Person und Lebensmitteln keinerlei Unterstützung für den Neustart bekommen zu haben. Die Wohnung ist in einem akzeptablen Zustand. Es gibt ein Badezimmer mit fließendem Wasser und die Möglichkeit mit Strom zu heizen und zu kochen. Aber für eine achtköpfige Familie ist sie mit zwei etwa 35 m<sup>2</sup> großen Zimmern deutlich zu klein. Familienangehörige oder Grundbesitz, Bedingung für Unterstützung beim Bau eines Hauses, hat die Familie nicht im Kosovo. Nach Auslaufen der Mietunterstützung droht ihr somit die Obdachlosigkeit.

Herr M hatte bereits in Deutschland aufgrund seiner Erkrankungen und geringen Qualifikationen kaum Chancen auf eine Arbeit. Wie er im Kosovo Geld verdienen kann, weiß er nicht. Früher hat er als Musiker gearbeitet, nun fürchtet er sich beispielsweise, auf albanischen Hochzeiten aufzutreten. Er sieht keinerlei Perspektive.

In Deutschland sind alle Kinder zur Schule gegangen bzw. besuchten die Förderschule, wobei es für die Kinder gute Prognosen für einen Abschluss gab. Seit sie im Kosovo leben, verlassen die Kinder kaum das Haus und gehen auch nicht mehr zur Schule. Der jüngste Sohn wurde bereits von einer Gruppe albanischer Kinder geschlagen und beschimpft „Warum bist du schwarz?“. Seitdem sind die Kinder verunsichert und trauen sich kaum aus dem Haus. Am 31.12.2011, also nur wenige Wochen nach der Abschiebung, gab es eine überfallartige Hausdurchsuchung durch mehrere schwer bewaffnete kosovarische Polizisten. Angeblich war der Grund ein Hinweis, dass die Familie Waffen besitze, da in der Nachbarschaft Schussgeräusche gehört wurden.

Gefunden wurde nichts, aber der zusätzliche Schock und die Verunsicherung sitzen tief, besonders bei den Kindern.

In ihrem Heimatort Otterndorf bei Cuxhaven gibt es immer noch großen Widerstand gegen die Abschiebung der Familie, Bürgermeister und Landkreis setzen sich für eine Wiedereinreise ein<sup>3</sup>. Nach Angaben des Anwalts der Familie gibt es Zweifel an der Rechtmäßigkeit ihrer Abschiebung. Wenn die Familie nach Ablauf der Mietförderung nicht wieder zurück nach Deutschland darf, ist sie entschlossen, Kosovo selbstständig zu verlassen.

## Besuch bei Familie R

Familie R, 2007 abgeschoben aus Nordbayern, wurde von uns erstmals 2007 im Romacamp von Gjakova besucht, wo wir das Schicksal der Familie auch zum Gegenstand eines kleinen Films machten. Beim Folgebesuch im April 2008 hatte sich die Situation der Familie nicht verbessert. Nach wie vor bestand die einzige Einkommensmöglichkeit im Suchen von Recycling-Material, Dosen und Plastik, auf der Müllkippe, in deren direkter Nachbarschaft sich das Romacamp befindet. Die Familie hatte das leerstehende Haus, in dem sie Unterschlupf fand, notdürftig wieder bewohnbar gemacht und hinter dem Haus eine Toilette gebaut. Kurz danach erfuhr der Bayerische Flüchtlingsrat, dass die Familie den Kosovo verlassen hatte und auf dem Weg nach Deutschland an der ungarisch-serbischen Grenze festgenommen worden war. Der Bayerische Flüchtlingsrat brachte die Familie in Kontakt mit dem Ungarischen Helsinki Komitee und die Familie bekam psychologische Unterstützung und Hilfen bei der Eingliederung, während in Ungarn ein Asylverfahren eröffnet wurde. Nach negativem Ausgang auch der Berufung kehrte die Familie in den Kosovo zurück. Da die Rückkehr in die Ortschaft Gjakova und die dortige Elendssiedlung sehr stark angstbesetzt war, konnte der Bayerische Flüchtlingsrat Isen Bobaj von der AWO Kosovo als ehrenamtlichen Unterstützer gewinnen. Isen holte die Familie am Flughafen in Prishtina ab, kümmerte sich um eine vorläufige Unterbringung, und besorgte eine erste Wohnung in Prizren. Außerdem stattete er die Familie mit dem Notwendigsten an Kleidern, Töpfen und Geschirr aus. Ein halbes Jahr später

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.nds-fluerat.org/7657/aktuelles/proteste-im-landkreis-cuxhaven-forderungen-nach-rueckkehr-der-familie-meta/>

fand die Familie eine andere, günstigere und geräumigere Wohnung. Arbeitsmöglichkeit und Schulbesuch scheiterten zunächst, die Familie lebte von einer Unterstützung durch den Bayerischen Flüchtlingsrat und unregelmäßigen Zuwendungen seitens Familienangehöriger in Deutschland. Grundlegende Einrichtungsgegenstände, Sofa, Schrank, Ofen oder Waschmaschine, wurden mit Mitteln des Bayerischen Flüchtlingsrats angeschafft, anderes, wie ein Computer mit Internetanschluss, wurde den Rs mitgebracht, als Verwandte aus Deutschland sie im Sommer besuchten, oder von deren Geld bezahlt.

Erst 2011 fand der Familienvater Ragip nach vielen kleinen Jobs als Tagelöhner eine feste Arbeit, die das Be- und Entladen von LKWs umfasst und ihm 150 Euro monatlich an Einkommen sichert. Die Eigentümer des Hauses, in dem die Rs wohnen, kamen im letzten Sommer und erließen der Familie die Miete, als sie von ihrer Situation hörten. Der Schulbesuch der Kinder scheiterte zunächst daran, dass sie keine Zeugnisse von ihrem Schulbesuch in Deutschland vorweisen konnten. Die ungarischen Zeugnisse wurden vom Direktor der Schule nicht anerkannt. Die Beschaffung der deutschen Zeugnisse nahm einige Zeit in Anspruch, doch auch diese wurden nicht anerkannt. Der Schuldirektor forderte eine schriftliche Übersetzung der Zeugnisse sowie eine Beglaubigung durch die zentrale Schulbehörde in Prishtina. Im Sommer 2011 nahmen die Kinder an einem Albanischkurs teil, der sie auf die Schule vorbereiten sollte. Die 16-jährige Tochter Suzana allerdings beendete ihre Teilnahme bald wieder, da sie als einziges Mädchen im Kurs zahlreichen Hänseleien ausgesetzt war. Im Herbst 2011 lagen alle formalen Voraussetzungen zum Schulbesuch vor und die Kinder konnten in die Schule gehen. Suzana allerdings besucht die Schule nicht, weil sie in die sechste Klasse eingestuft wurde, wo ihre Mitschüler vier Jahre jünger sind als sie. Laut dem Betreuer der Familie scheitert der Schulbesuch Suzanas auch daran, dass sie von ihrer Mutter nicht unterstützt wird, die Befürchtungen hat, ihre Tochter auf die Straße und in eine albanische Schule zu schicken.

Der sprachbehinderte Sohn Egzon hatte anfangs Schwierigkeiten in der Schule und wurde von den Mitschülern und sogar vom Klassenlehrer diskriminiert. Ein Gespräch der Mutter der Rs, Ffloza, mit dem Lehrer verbesserte dies allerdings. Dennoch sind die

Albanischkenntnisse Egzons mangelhaft und der erfolgreiche Abschluss der neunten Klasse scheint gefährdet. Nach der neunten Klasse will Egzon eine Lehre als Mechaniker machen. Eine Unterstützerin in Deutschland will ihm eine Lehrstelle vermitteln, doch dämpfte ich die Erwartungen, weil dafür eine Einreise- und Aufenthaltserlaubnis nötig ist, die Egzon wohl nicht erteilt werden wird. In Prizren gibt es eine technische Schule, die Egzon nach erfolgreichem Abschluss der neunten Klasse besuchen könnte. Edison, der jüngste Sohn, hat in der Schule keine Schwierigkeiten, hat Freunde und scheint gut integriert. Ffloza R unterzog sich Anfang 2011 einer Brustoperation, weil sie Schmerzen hatte und Tumore diagnostiziert wurden. Die Operation verlief erfolgreich und konnte aus Spendenmitteln bezahlt werden.

Insgesamt hat sich die Situation der Familie außerordentlich verbessert und einigermaßen stabilisiert. In Prizren fühlt die Familie sich sicher und hat einige (wenn auch wohl wenige) soziale Kontakte. Wesentliche weiterhin bestehende Schwierigkeiten sind, dass das immerhin feste Einkommen Ragip Rs bei weitem nicht bedarfsdeckend ist, sondern nur die Ernährung sowie einige alltägliche Bedürfnisse abdeckt. Hinsichtlich der Wohnung ist die Familie vom Wohlwollen der in den Niederlanden lebenden Eigentümer des Hauses abhängig. Zusätzliche finanzielle Belastungen, wie z.B. Brennholz für den Winter, können ebenfalls nicht aus eigener Kraft geleistet werden. Der Schulabschluss von Egzon ist unsicher und Suzanas gänzliches Fortbleiben von der Schule gibt Anlass zu Besorgnis. Da es unwahrscheinlich ist, dass Ragip eine bessere Bezahlung bekommen wird, hängt das künftige Familieneinkommen stark davon ab, ob die Kinder sich erfolgreich in den extrem schwierigen Arbeitsmarkt integrieren können. Diese Sorgen lasten auf der Familie und belasten insbesondere die psychisch nicht besonders stabile Ffloza.

Zwar ist die Situation insgesamt zufriedenstellend, verweist jedoch auf die enormen Anstrengungen, derer eine erfolgreiche Reintegration von Roma Minderheiten im Kosovo bedarf. Obwohl die Lage der Familie, fast zwei Jahre nach ihrer Rückkehr aus Ungarn, weiterhin sehr labil ist, gelang die Integration doch nur durch eine kontinuierliche und über den Beruf hinausgehende Unterstützung durch Isen Bobaj, den wohl erfahrendsten deutschsprachigen Rückkehrberater im Kosovo, und eine kontinuierliche finanzielle Hilfe durch

die SpenderInnen und Familienmitglieder in Deutschland. Wenn auch die Familie insgesamt eine Perspektive in Deutschland nach dem in Ungarn gescheiterten Versuch verworfen hat, so hegt sie doch starke Hoffnungen, dass wenigstens den Kindern eine Rückkehr nach Deutschland gelingen kann. In der Familie wird, insbesondere unter den Kindern, nach wie vor Deutsch gesprochen. Im Kosovo lebt die Familie abseits ihrer „gefühlten“ Heimat.

Zu ihrem albanischen Unterstützer Isen Bobaj hat die Roma-Familie inzwischen ein Verhältnis, das als vertrauensvoll bezeichnet werden kann. Dass sich die anfänglichen ausgeprägten Ängste der Familie legten, ist vor allem der vorsichtigen Zusammenführung durch den Bayerischen Flüchtlingsrat und der begleitenden Interventionen zu verdanken.

Die bisherige Dauer dieses Reintegrationsprozesses wirft ein Schlaglicht auf die Langwierigkeit und die Schwierigkeiten, die eine Rückkehr von Minderheitenangehörigen in den Kosovo begleiten. Insbesondere kann dieses Beispiel zeigen, dass die zu sehr befristet angelegte finanzielle und sonstige Unterstützung durch deutsche Rückkehrbüros in der Regel als nicht hinreichend gelten kann, um Rückkehrern, vor allem Abgeschobenen und Minderheiten, eine Reintegration zu ermöglichen. Selbst in günstig gelagerten Fällen bedarf es einer langjährigen Unterstützung und Begleitung.

## **Besuch bei den Brüdern P**

Kefaet P kam als Kleinkind nach Deutschland, sein Bruder Selami wurde in Deutschland geboren. Nach über 20 Jahren in Essen wurden sie im Februar 2010 abgeschoben. Das Rückkehrprojekt URA 2 zahlte für sechs Monate die Miete einer Wohnung. Danach waren sie auf sich alleine gestellt. Kefaet hat in Deutschland Frau und Kinder, die er seit der Abschiebung nicht gesehen hat.

Es ist für ihn so gut wie unmöglich, eine geregelte Arbeit zu finden. Zwischenzeitlich fand er eine Anstellung in einem auf Deutschland spezialisierten „Callcenter“. Dort wurde er aber nicht regelmäßig bezahlt und bekam so trotz Vollzeitarbeit Probleme, seine Miete zu bezahlen.

Bei der Arbeitssuche sei neben der Tatsache, dass er Roma ist, besonders problematisch, dass er als Abgeschobener immer im Verdacht stehe kriminell zu sein. Die Brüder waren, nachdem sie eine Weile bei entfernten Verwandten und Bekannten untergekommen waren, sogar zeitweise obdachlos. Momentan wohnen sie in der Wohnung einer Bekannten, die für mehrere Monate verreist ist. Die beiden Brüder sind sehr aktiv, kämpfen für ihre Rückkehr nach Deutschland sowie für die Rechte von Roma im Kosovo.

Vor einem Monat trafen die beiden eine Delegation des Thüringischen Landtags und berichteten dort von ihrer Lage und bisherigen Erfahrungen im Kosovo. Kefaet erzählt uns, dass er einige Tage später, als er einen Freund zum Büro der URA 2 begleitete, von der Mitarbeiterin Frau Budde zur Begrüßung mit Namen angesprochen wurde. Daraufhin habe Frau Budde ihn auf das Treffen mit der Delegation angesprochen und zu verstehen gegeben, dass ihr dies und auch andere Aktivitäten der Brüder, darunter ein Brief für eine Unterschriftenaktion sowie ein Skype-Konzert bei einer Veranstaltung für Menschenrechte in Deutschland, nicht entgangen seien. Sie sagte ihm, dass er gerne wieder öfter bei URA 2 vorbeikommen könne, man sich dann aber auf ‚gemeinsame Richtlinien‘ einigen müsse. Kefaet merkt noch dazu an, dass bei URA 2 normalerweise jeder, dessen sechsmonatige Förderung abgelaufen ist, dort sehr unwillkommen ist, da es wohl Probleme gab mit Menschen, die nach Ablauf der sechs Monate weitere Unterstützung gefordert hatten. Deswegen sei vor einiger Zeit sogar ein Türsteher angestellt worden.

Seit ihrer Abschiebung habe man sie im Kosovo wiederholt bedroht oder attackiert. Mehrmals seien sie von der Polizei grundlos ‚gefilzt‘ oder festgenommen worden. Einmal habe man sie sogar auf der Wache brutal zusammengeschlagen, unter dem Vorwand des Verdachts Marihuana konsumiert zu haben.

## **Besuch bei Sebilje B und Gani R**

Sebilje B kam bereits 1990 nach Deutschland. Hier lernte sie ihren Mann kennen und alle ihre vier Mädchen (2, 3, 4 und 6 Jahre alt) kamen hier zur Welt. Im Januar 2010 wurde Gani R verhaftet und allein in den Kosovo abgeschoben.



Im Kosovo erging es Gani R sehr schlecht. Er wurde obdachlos und gibt an, mehrmals verprügelt worden zu sein. Es gelang ihm nach mehreren Monaten, illegal wieder nach Deutschland einzureisen, bevor er jedoch seine Familie wiedersehen konnte, wurde er in Bayern aufgegriffen. Er sollte in Abschiebehaft gebracht werden, aber mittlerweile war sein Gesundheitszustand so schlecht, dass er nicht mehr im Gefängnis bleiben konnte, sondern wegen lebensbedrohlicher Tuberkulose in ein Spezialkrankenhaus eingeliefert werden musste. Dort blieb er mehrere Monate in stationärer Behandlung und konnte daher nicht abgeschoben werden. In der Zwischenzeit, am 12. April 2011, wurde Sebilje mit ihren vier Töchtern alleine abgeschoben. Als quasi allein erziehende Frau mit vier kleinen Mädchen musste sie so im Kosovo mehrere Monate zurechtkommen. Unterstützung bekam sie in dieser Zeit nur über Spenden, die für sie gesammelt wurden. Später, im Juli 2011, folgt auch die Abschiebung von Gani R nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus. Seitdem ist die Familie zumindest wieder vereint.

Zwei Mal wurde der Familie von URA 2 pro Kind 50 Euro als Starthilfe ausbezahlt. Bis Mai wurden für Sebiljes Familie auch Mietzahlungen durch URA 2 gesichert. Anfang März, unmittelbar vor einem Besuch durch eine Thüringische Landtagsdelegation bei der Familie, wurden ihr noch weitere Mietzahlungen bis November sowie Lebensmittelpakete zugesichert. Mitte Juni wurden wir allerdings von Sebilje angerufen und sie sagte uns, dass sie keine Hilfe mehr bekomme und auch die ihr versprochenen Mietzahlungen bis November abgelehnt wurden. Sie droht auf der Straße zu landen und das Roma Center Göttingen e.V. musste ihr einen Unterstützer vor Ort vermitteln sowie das Geld für eine erste Mietanzahlung schicken. So konnte sie zwar schnell eine neue Wohnung finden, muss nun aber sehen, wie sie die Mietkosten von 150 Euro monatlich irgendwie aufbringen kann. Sebilje hat auch einen für sechs Monate geförderten Job angeboten bekommen, mit dem sie 100 Euro pro Monat verdienen könnte. Dies musste sie aber ablehnen, weil sie dafür von morgens bis abends putzengehen müsste und es niemanden gibt, der sich in dieser Zeit um ihre Kinder kümmert, bzw. sie zum Kindergarten/Schule bringen und abholen könnte. Gani steuert momentan durch Müllsammeln zum Lebensunterhalt bei und ist deswegen tagsüber außer Haus. Wegen seiner seelischen und körperlichen Beeinträchtigungen sei er außerdem nicht

in der Lage, die Kinder angemessen zu betreuen. Den Kindergarten müsste Sebilje selber bezahlen, weswegen die kleineren Kinder den ganzen Tag zuhause sind. Sebiljes Vater hat Probleme mit den Behörden in Deutschland bekommen, da er Sebilje wiederholt Geld gesendet hat. Ihm sei vom Sozialamt angedroht worden, dass ihm Geld gestrichen werde, wenn er dies nochmal tun sollte.

Gani bräuchte eigentlich 120 Euro für ein Hörgerät, hat aber momentan keinerlei Aussicht dies finanzieren zu können. Um sich mit ihm zu unterhalten muss man fast schreien. Die älteste Tochter besucht seit fünf Monaten die Schule. Dort ist sie die einzige Roma und hat noch starke Probleme mit der albanischen Sprache. Zu Beginn gab es auch Hänseleien von den anderen Kindern, dies endete allerdings, als sich Sebilje vor zwei Monaten bei der Lehrerin darüber beschwerte. Auf dem Rückweg von der Schule wurde das Mädchen einmal von einem Auto angefahren, das danach einfach weiterfuhr und dies, nach Sebiljes Einschätzung, mit voller Absicht tat. Die Tochter blieb bis auf eine Platzwunde an der Schläfe unverletzt.

Die Eltern fühlen sich im Kosovo überhaupt nicht sicher. Die Familie hat immer noch Probleme mit der Nachbarschaft und wenn sie sich draußen bewegen will. Es habe Drohungen und auch Attacken auf Gani, Sebilje und die älteste Tochter gegeben. Die Polizei wurde insgesamt schon dreimal gerufen, sei nach einer Stunde gekommen, und kann/will nicht wirklich etwas unternehmen. Ein Polizist habe Sebilje seine Handynummer gegeben und meinte, wenn wieder etwas sein sollte, soll sie besser direkt bei ihm anrufen, weil es sonst zu lange dauert, bis jemand kommen würde. Wir sind nicht sicher, ob das wirklich Hilfsbereitschaft ist. Sebilje berichtet auch von einer bedrohlichen Situation direkt vor dem Büro von URA 2. Als Sebilje in das Büro lief um dort Hilfe anzufordern (Anruf bei der Polizei), habe man sie wieder weggeschickt, da man dort nicht für solche Probleme zuständig sei. Sebilje musste von dem Büro regelrecht flüchten und wurde bis vor die Haustür verfolgt. Sebilje sagt, sie habe oft Angst und Kopfschmerzen.

## **Besuch bei Ridvan G**

Herr G ist Fernsehjournalist und Roma aus Fushe Kosovo. Einmal pro Woche bekommt die Romacomunity

15 Minuten Sendezeit im Fernsehen für Romathemen zu Kultur, Bildung oder Politik. Herr G hat auch schon mal über die Situation einzelner abgeschobener Roma berichtet und versucht im Dialog mit zuständigen Behörden die Situation zu verbessern. Diese waren aber an keiner öffentlichen Diskussion interessiert und die Berichterstattung blieb ohne Effekt. Auch die Separierung von Romakindern an Schulen war bereits Thema. In einem Fall gab es eine Rüge der Regierung an die Schule und die Trennung der Kinder wurde aufgehoben. Gegenüber ihren häufigen Berichten über Missstände zeigen sich Regierung und Behörden ansonsten meist desinteressiert bis abweisend.

## **Gespräch mit Islam Elshani, Communities (Minderheiten-) Vertreter der Gemeinde Prizren**

Wir treffen uns im Café eines Einkaufszentrums in Prizren, das Gespräch wird übersetzt von Isen Bobaj. Islam Elshani ist in der Gemeinde Prizren zuständig für die Reintegration von Minderheiten. Islam Elshani ist Ashkali und ist seit Eröffnung des Minderheiten-Büros im Jahr 2000 bei der Gemeinde angestellt. Er teilt sich die Arbeit mit einem türkischen, drei bosniakischen und zwei serbischen Minderheitenvertretern.

Wir wollen Informationen gewinnen über die Umsetzung des Reintegrationsplans der kosovarischen Regierung. Neben der Arbeit verschiedener Rückkehrbüros ist es vor allem dieser Reintegrationsplan, der abgeschobenen Minderheitenangehörigen aus Deutschland die Rückkehr erleichtern soll. Verschiedene Informationen wiesen jedoch darauf hin, dass die Umsetzung des Plans schwierig ist. Von Islam Elshani wollen wir wissen, wie dies aus der Perspektive der Minderheitenbüros der Gemeinden aussieht. Die Büros sollen diesen Plan umsetzen.

Islam Elshani beschreibt zunächst das Prozedere der Ankunft, nach dem Abgeschobene am Flughafen von Angestellten des Reintegrationsbüros in Empfang genommen und bei Bedarf in zwei angemieteten Motels untergebracht werden. Anschließend ist eine Agentur zuständig für den Transport und die Unterbringung in der Gemeinde, aus der die Rückkehrer stammen. Die Firma BENAS ist dann zuständig für die Versorgung der Rückkehrer mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern.

Im Jahr 2011 seien insgesamt 90 Minderheitenangehörige nach Prizren zurückgeführt worden, inzwischen sei die Zahl auf etwa 200 angewachsen. Die genaue Zahl ist nicht zu ermitteln, weil das zentrale Büro des Reintegrationsprogramms oder das Innenministerium seit ca. einem Jahr keine Information mehr zu Abgeschobenen weiterleitet, die in die Gemeinde Prizren zurückkehren.

Eines der zentralen Probleme für Rückkehrer ist die Wohnsituation, sehr problematisch ist auch die Situation von kranken Rückkehrern. Das dritte immense Problem seien fehlende Zeugnisse der Kinder von Rückkehrern, was eine Einschulung nach der Rückkehr häufig verhindere.

Eine Unterbringung erfolgt nur vorübergehend für sechs Monate, mit einer Option auf Verlängerung um weitere sechs Monate. Eine dauerhafte Lösung könne jedoch nur darin bestehen, den Rückkehrern eigene Häuser oder Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Hierzu gebe es jedoch aus dem Reintegrationsprojekt bislang keine Mittel.

Der Arbeitersamariterbund (ASB) hat ein kleines Hausbau-Programm für bedürftige Minderheitenfamilien aufgelegt. Etwa 20 Häuser sollen insgesamt entstehen in den Gemeinden Obilic, Fushe Kosova und Prizren. In Prizren sollen in diesem Jahr drei Häuser gebaut werden. Das Minderheitenbüro hat sechs Fälle empfohlen, von denen der ASB drei Familien ausgesucht hat. Wesentliches Kriterium neben der Bedürftigkeit war, dass die Familien Grundbesitz vorwiesen, auf dem ein Haus überhaupt gebaut werden konnte. Inzwischen ist der Bau der drei Häuser genehmigt durch einen Vertrag zwischen dem ASB und der Gemeinde, die notwendigen Dokumente werden durch das Minderheitenbüro ausgestellt. Dieses Projekt ist das insgesamt fünfte Hausbau-Projekt des ASB, allerdings das erste, das sich an RAE Minderheiten wendet. Seit 2006 habe der ASB ca. 50 Häuser gebaut. Ein weiteres Hausbau-Projekt, durchgeführt vom Dänischen Flüchtlingsrat DRC, richtet sich auf den Wiederaufbau serbischer Häuser im Zentrum von Prizren und soll kosovo-serbischen Bewohnern die Rückkehr ermöglichen.

Für Abgeschobene aus Westeuropa, insbesondere Roma, verstellt fehlender Grundbesitz häufig die Aufnahme in die wenigen Hausbau-Programme. Manche

haben ihren Grund vor der Flucht verkauft, in vielen Fällen beruht der Grundbesitz aber auf Gewohnheitsrecht, ist nicht oder nicht hinreichend dokumentiert. Entsprechend lassen sich Ansprüche zwar manchmal geltend machen, aber nur selten auch durchsetzen.

Die wenigen Versuche, Gemeinden zu bewegen Grund zur Verfügung zu stellen, stießen auf große Schwierigkeiten. So habe der DRC 2004 Häuser für 13 RAE Familien in der Gemeinde bauen wollen. Der DRC stellte einen Antrag bei der Gemeinde auf Überlassung von 15 Ar Land, um darauf kleine Häuser für diese 13 Familien sowie je eine bedürftige Gorani und türkische Familie zu bauen. Die Gemeinde stellte ein Stück Land am Stadtrand zur Verfügung, an der Straße nach Prishtina. In der Nachbarschaft dieses Grundstücks, im Viertel Dardania, gab es jedoch Widerstand gegen die Bauungspläne. Es sei klar gewesen, dass die Bewohner keine Roma in ihrer Nähe wollten, angeführt wurden jedoch eher Argumente, dass die geplanten Häuser architektonisch nicht zur übrigen Bebauung im Viertel passten.

Angesichts der zu erwartenden Probleme zog der DRC das Hausbau-Projekt zurück, die Familien waren jedoch da, und, wie Elshani sagt, „in Gottes Hand“. Das Grundstück fiel wieder zurück an die Gemeinde, da überlassenes Land binnen Jahresfrist in Wert gesetzt werden muss.

Dieses Negativbeispiel heiße jedoch nicht, so Elshani, dass Hausbau für Roma grundsätzlich nicht möglich sei. So würde ein albanischer Bekannter Elshanis über 70 Are Bauland in der Nähe der Autobahn verfügen und wolle dies auch relativ günstig, für 3.500 Euro pro Are, abgeben. Zum Vergleich: Am Stadtrand von Prizren bezahle man 12-15.000 Euro für ein Are. Kauf aus privatem Besitz könnte zumindest sehr viele politische Probleme in den Gremien der Gemeinde umgehen. Aber hier bräuchte es einen Geldgeber, der nicht nur ein Hausbau-Projekt, sondern auch die Anschaffung des notwendigen Grundes realisieren könnte.

## Zur Arbeit des Reintegrationsplans

Die Ausführungen von Islam Elshani lassen sich zusammenfassen: Es gibt erhebliche Kommunikations- und Kooperationsmängel sowie Mängel im Verfahren. Seitens der Gemeinde besteht keine Einflussmöglich-

keit auf die zentrale Bearbeitung und Bewilligung von Anträgen. Anträge werden vom Minderheitenbüro der Gemeinde vorbereitet und an das Reintegrationsbüro in Prishtina geschickt. Dort werden sie gesammelt und dem Vorstand, der sich aus Vertretern der sechs beteiligten Ministerien zusammensetzt und monatlich trifft, zur Entscheidung vorgelegt. Nach der Umsetzungsstrategie sollte ein Rückkehrer binnen 14 Tagen Versorgung erhalten. In der Praxis dauert die Bewilligung häufig zwei Monate und mehr. Zahlreiche Dossiers seien zudem in Prishtina verschwunden. Dies werde oft erst nach Wochen bei einer Nachfrage bekannt, und dann müsse das Dossier erneut geschickt werden. Im Gegensatz zur Praxis in vielen anderen Gemeinden werden die Anträge in Prizren digitalisiert und archiviert und das Reintegrationsbüro in Prishtina bekomme nur eine Kopie der Unterlagen. So könne man zumindest ein neues Dossier zusammenstellen, wenn das andere verloren gegangen ist. Die Integrationsministerin, Frau Çitaku, habe das Büro in Prizren für seine gute Arbeit gelobt und festgestellt, dass hier der Reintegrationsplan von allen Gemeinden im Kosovo am besten funktioniere.

Auf eine Beschleunigung des Bearbeitungsverfahrens in Prishtina habe das Büro in Prizren jedoch trotzdem keinen Einfluss. Man sei inzwischen dazu übergegangen, die Familien, die schon lange auf Bewilligung ihrer Anträge warten, nach Prishtina zu schicken, damit sie sich dort selbst beschweren könnten. Das Büro in Prishtina sei nur mit fünf bis sechs Personen besetzt, die Anträge aus allen 36 Gemeinden des Kosovo bearbeiten müssen.

Generell würden ausschließlich die Teile des Reintegrationsplans funktionieren, die eine erste Grundversorgung sicherstellen sollen. Andere Bereiche, wie zum Beispiel die Arbeitsmarktintegration und auch der Hausbau, würden derzeit nicht funktionieren. So seien von der Gemeinde Prizren bislang 26 Anträge auf Bezusschussung von kleinen Geschäftsgründungen eingereicht worden, von denen 12 genehmigt wurden. Seit einem Jahr habe man aber vom Büro aus Prishtina nichts mehr dazu gehört und auch kein Material, kein Geld, keine Information bekommen. So seien von den seit 2011 zurückgekehrten Personen gerade zwei beschäftigt: ein kosovo-albanischer Rückkehrer konnte die Stelle in der Stadtbibliothek wieder antreten, die er vor seiner Flucht inne hatte, ein RAE-Angehöriger konnte, allerdings realisiert durch die Rückkehrunter-

stützung des schwedischen Staates, eine Taxilizenz erwerben.

Dass die Erstversorgung der einzige Programmteil ist, der bearbeitet und auch finanziert wird, solle aber nicht heißen, dass dies gut funktioniere. Islam Elshani veranschaulicht dies am Beispiel der Bewilligung von Brennholz. Der Winter 2011/2012 war im Kosovo extrem kalt und schneereich. Für 15 Familien, die im Herbst 2011 zurückgekehrt waren, wurden Anträge gestellt auf pro Familie erst zwei und dann noch einmal drei Festmeter Brennholz, zum Preis von ca. 40 Euro pro Festmeter. Die Anträge wurden im November 2011 bewilligt, das Geld wurde jedoch erst im März 2012 an die Gemeinde überwiesen.

### **RAE in Prizren**

In der Gemeinde können RAE-Minderheiten als verhältnismäßig gut integriert gelten. Es gibt keine „Roma Mahalla“, also kein ghettoähnliches Minderheitenviertel in Prizren. Vielmehr leben RAE Minderheiten über mindestens zehn verschiedene Viertel der Stadt verstreut sowie in 11 Dörfern der Gemeinde Prizren. RAE sind gut organisiert, neben der *Initiative 6*, einem Verein, der sich hauptsächlich für Kinderrechte, Ausbildung und Jugendliche einsetzt, gibt es den Verein *Dormish Aslano*, der viel zu Medien, Kultur, Roma Traditionen und Musik arbeitet. So gebe es hier eine Schauspielgruppe, ein Lokalradio, und Bildungs- und Ausbildungsprogramme. In Prizren seien sehr viele Intellektuelle gerade unter den RAE-Minderheiten zu finden.

Die Vereine und Medien werden auch von Islam Elshani genutzt, um die Angebote des Reintegrationsbüros bekannt zu machen. Da das Büro seit über einem Jahr nicht mehr über die Ankunft von Abgeschobenen in der Gemeinde informiert werde, sei dies eine der verbleibenden Möglichkeiten, Betroffene zu erreichen.

### **Weitere Informationen, gewonnen in Treffen mit dem Danish Refugee Council, Kosovo Office, AWO Nürnberg Prishtina sowie MitarbeiterInnen von ausländischen Vertretungen und kosovarischen Ministerien.**

Die eingezogenen Auskünfte bezogen sich insbesondere auf die Situation von Rückkehrern. Hier galt es

festzustellen, ob sich im Vergleich zu früheren Nachforschungen wesentliche Änderungen ergeben hatten, und wie das Reintegrationsprogramm des kosovarischen Staates greift. Aus Gründen des Quellenschutzes werden einige der Informanten nicht genannt und Informationen zusammengefasst.

Ein kurzer Besuch bei der AWO Nürnberg erbrachte im Wesentlichen die Erkenntnis, dass sich hier nicht viel geändert hat. Das Büro unterstützt „freiwillige“ Rückkehrer aus Deutschland, vor allem aus Bayern. Es hat keine Unterstützung aus dem EU Rückkehrfonds bekommen und finanziert sich derzeit eher dürftig über Mittel des Auswärtigen Amtes, sowie über geringe Zuwendungen des Bayerischen Sozialministeriums. Das Büro würde laut dem Leiter, Nezir Kolgeçi, gerne expandieren und ein Programm für Kinder in Mitrovica anbieten, aber es fehlen die Mittel um Räumlichkeiten anzumieten. Insgesamt scheint das Büro nicht sehr beschäftigt, keinesfalls haben die Aktivitäten gegenüber dem Zeitraum des letzten Besuchs in 2009 zugenommen. Auch die AWO Nürnberg kritisiert den Umsetzungsstand der Reintegrationsprogramme, es werde noch lange dauern, bis es funktioniert, wenn denn überhaupt.

Diese Auskunft bekam ich auch von verschiedenen anderen Informanten aus dem Bereich Rückkehr und Rückkehrberatung. Generell werden die langen Bearbeitungsfristen beanstandet, die regelmäßig dazu führen, dass es drei oder vier Monate dauert, bis Unterstützung aus dem Reintegrationsprogramm tatsächlich fließt. Jeder meiner Informanten konnte mit zahlreichen Beispielen aufwarten, wo das Programm hake. So erhalten zwei Rückkehrerfamilien aus Schweden ein vollständiges Reintegrationspaket inklusive Finanzierung von Wohnraum. Dies wurde der zuständigen Gemeinde mitgeteilt, dennoch bekamen die Rückkehrer von der Gemeinde ebenfalls Unterstützung. Eine zweite Intervention bei der Gemeinde brachte ebenfalls kein Ergebnis. Diese Doppelförderung sei auch nicht darauf zurückzuführen gewesen, dass die zurückgekehrten Familien die Unterstützung aus Schweden verschwiegen hätten; vielmehr seien es die Familien gewesen, die das Rückkehrbüro erst darauf aufmerksam gemacht hätten.

Beschwerden gibt es auch über die Firma BENAF, die zuständig ist für die Verteilung von Lebensmitteln an

Rückkehrer. Die Lieferungen sollen alle zwei Monate erfolgen, doch die Firma mit Sitz in Suhareka und mehreren Filialen an anderen Orten warte oft, bis sie mehrere Familien in einer Gemeinde gleichzeitig beliefern kann. Dadurch verzögern sich die Lieferungen regelmäßig. Insbesondere aber kommt es zu großen Verzögerungen, bis überhaupt die erste Lieferung erfolgt. Die schon schleppende Bearbeitung durch die Behörden wird durch die Praxis der Lieferfirma nochmals zeitlich gedehnt. Im Prinzip sollen Familien Lebensmittel in Höhe von 45 Euro pro Lieferung (für einen Zeitraum von zwei Monaten) bekommen, darunter Öl, Salz, Kartoffeln, Milch, Bohnen, Suppe, Zucker, Reis, Kaffee, Tee, Pfeffer, Fleischkonserven, Nudeln, etc. Unklar ist, ob je eine amtliche Kontrolle der Firma erfolgt, und weil die belieferten Familien nicht wissen, was ihnen zusteht, ist es ihnen nicht möglich zu kontrollieren, ob sie vollständig beliefert werden. Da Rückkehrer aus Deutschland die ersten Monate in der Regel durch die deutschen Rückkehrbüros aufgefangen werden, äußere sich dies anfangs nicht so massiv wie bei Rückkehrern aus anderen Staaten, die u.U. keine Erstunterstützung bekommen, und in vielen Fällen betteln gehen müssten.

Die zuständigen Mitarbeiter in zahlreichen Gemeinden, so übereinstimmend die Auskünfte, hätten keine Ahnung und wenig Interesse an der Übernahme der mit dem Reintegrationsprogramm einhergehenden Aufgaben. Viele der Minderheitenbüros seien mit älteren Männern besetzt, die aus Gründen ihrer Beziehungen oder anderen sachfremden Erwägungen zu der Stelle gekommen seien. Lange Jahre seien diese Minderheitenbüros nicht mit einem Budget ausgestattet gewesen, konnten also nichts tun. Nun werde von diesen Büros erwartet, dass sie sozialarbeiterisch tätig würden. Trotz der Schulungen, die die Mitarbeiter der Büros durchlaufen hätten, liege hier vieles im Argen. Viele könnten nicht mit einem Computer umgehen, vielen fehlte das Interesse, sich auch nur über die Unterstützungsmöglichkeiten hinreichend zu informieren. Auch sei die Ausstattung nicht immer hinreichend. So wurde ein Mitarbeiter einer Rückkehrereinrichtung vom Vertreter des Minderheitenbüros in Suhareka angesprochen worden, ob er ihn im Wagen in ein Dorf der Gemeinde mitnehmen könne. Er müsse dort eine zurückgekehrte Familie besuchen, die Gemeinde könne ihm aber kein Auto geben, um dorthin zu kommen.

Nicht weniger als sechs Ministerien sind an der Durchführung des Reintegrationsprogramms unter Federführung des kosovarischen Innenministeriums beteiligt. Nicht alle sind in gleichem Maße engagiert, und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ministerien funktioniert nicht im Ansatz, obwohl alle im Vorstand des Reintegrationsprogramms vertreten sind, das bislang über alle Fälle einzeln bestimmen muss. Dem Funktionieren auch nur der grundlegenden Aktivitäten stehen starke Beharrungstendenzen in den Ministerien gegenüber, Inkompetenz paart sich mit Unwillen, und eine Weiterentwicklung der Funktionstüchtigkeit des Programms findet nur schleppend statt. So soll die Entscheidung über Erstunterstützung, Nahrungsmittelhilfe etwa oder Brennholz, auf die Kommunen verlagert werden. Dies wäre im Sinne einer beschleunigten Unterstützung und eines Abbaus von Bürokratie zu begrüßen, kämen nicht angesichts der in vielen Kommunen fehlenden Kompetenz Zweifel auf, ob Hilfsbedürftige dann besser erreicht werden. Jedenfalls wird diese Umstrukturierung wiederum mindestens ein halbes Jahr dauern, und dann noch eine schwer bestimmbare Zeit brauchen, bis sich Unterstützungsroutinen einspielen. Ein auch jetzt schon wesentlicher bremsender Faktor ist, dass das Finanzministerium häufig Monate braucht, um notwendige Mittel an die Kommunen zu überweisen. Wenn sich dies nicht ändert und der Geldfluss weiterhin nicht sichergestellt werden kann, dann bringt die gesamte Verlagerung der Entscheidungen auf kommunale Ebene keine Beschleunigung. Das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, BAMF, hat die Umsetzung des Aktionsplans des Reintegrationsprogramms tatkräftig unterstützt. Es ordnete zwei Beamte, Frank Wellna und Jürgen Kaas für das Programm ab. Inzwischen allerdings wurde diese Tätigkeit eingestellt.

Im Prinzip enthält das Reintegrationsprogramm neben der Erstversorgung eine starke Komponente der Integration in den Arbeitsmarkt. Hier ist faktisch nichts passiert. Laut Auskunft eines Informanten sind hier sowohl das Arbeitsministerium als auch die entsprechenden Arbeitsämter in den Kommunen verantwortlich. Das Arbeitsministerium sehe angesichts der desolaten Situation auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen für eine Integration von Rückkehrern und sei deshalb nicht interessiert, hier besondere Anstrengungen zu unternehmen. Dies gilt vor allem hinsichtlich zurückkehrender Minderheitenangehöriger. Auch die Arbeitsämter

auf kommunaler Ebene werden zugunsten von Rückkehrern nicht tätig. Diese Passivität ist fatal für die Rückkehrer und Abgeschobenen, weil nur das Finden einer bezahlten Arbeit es ihnen ermöglichen würde, nach dem Ende der Erstunterstützung zum Lebensunterhalt ihrer Familien beizutragen. Generell sei es Minderheitenangehörigen ohne Unterstützung von Verwandten nicht möglich ihre Existenz zu sichern. Hinzu kommt, dass, wie vor allem von UNICEF Kosovo<sup>4</sup> kritisiert, keine Anstrengungen im Bereich der Integration von Rückkehrerkindern unternommen werden. So berichten mehrere Informanten übereinstimmend, dass Schulen sich weigern, Kinder ohne Übergangszugnisse einzuschulen. Es werden Prozeduren entwickelt, um die Einschulung der Kinder von Minderheiten zu hintertreiben (neben einer Übersetzung ins Albanische wird z.B. gefordert, dass die Zeugnisse/Übersetzungen vom Erziehungsministerium beglaubigt werden müssen), es gibt keinen Förderunterricht für Kinder, ebenfalls gibt es keine Albanisch-Angebote<sup>5</sup>. Insbesondere Kinder von Minderheiten haben dadurch das Problem, dass, selbst wenn Zeugnisse vorliegen, sie einem in Albanisch gehaltenen Unterricht nicht folgen können. Selbst wenn also die Kinder bereit wären in die Schule zu gehen, was bei vielen wegen der Erfahrung der Abschiebung und des Herausgerissenseins aus dem gewohnten sozialen Umfeld nicht der Fall ist, so gehen hier meist wertvolle Jahre verloren. Mittel, die im Reintegrationsprogramm für die Unterstützung der schulischen Reintegration eingestellt wurde, sind bislang noch nicht abgerufen worden.

Das Reintegrationsprogramm sieht Mittel für die Reparatur und den Wiederaufbau von Häusern vor, jedoch wie üblich nur, wenn Rückkehrer Grundbesitz dokumentieren können. Die Zuweisung von Baugrund durch die Gemeinden scheitert regelmäßig. Entsprechende Ansätze einer Rückkehrorganisation in vier verschiedenen Gemeinden sind gescheitert. Bekannt sei nur der Fall der Gemeinde Istok, die vor einigen Jahren für 20 Rückkehrerfamilien Bauland zur Verfügung stellte. Dies war zwar ein Sumpfundstück, das erst aufwändig trockengelegt werden musste, aber es

<sup>4</sup> Vgl. u.a. [http://www.unicef.de/fileadmin/content\\_media/presse/12-03-27-Roma-Studie/UNICEF-Studie-Stilles-Leid.pdf](http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/12-03-27-Roma-Studie/UNICEF-Studie-Stilles-Leid.pdf)

<sup>5</sup> Gern verweisen auch deutsche Rückkehrbüros auf das Angebot, Kindern von Rückkehrern Sprachunterricht zu erteilen. In fast allen Fällen scheitert ein Zustandekommen dieser Kurse daran, das die Rückkehrer zu zerstreut im Kosovo leben und deshalb diese Angebote nicht wahrnehmen können.

bleibt der einzige bekannte Fall, in welchem Baugrund für Rückkehrer überhaupt bereitgestellt wurde. Die Gemeinden würden sich nicht offen weigern, Bauland zur Verfügung zu stellen, doch würden Entscheidungen so lange verschleppt, bis sie schließlich obsolet werden.

Ein weiteres Problem sei die Versorgung von Rückkehrern im serbisch dominierten Norden des Kosovo. Hier könnten die meist kosovo-albanischen Mitarbeiter der Rückkehrbüros zur Zeit nicht gefahrlos reisen, selbst in anonymen Fahrzeugen sei es schwierig. Dies schneide die Rückkehrer in diesem Teil des Landes effektiv von jeder Hilfe ab.

Auch an der Situation von Tausenden Flüchtlingen in den Nachbarländern, insbesondere Serbien, Mazedonien und Montenegro, hat sich nichts geändert. Neben Ängsten, an den ehemaligen Wohnort im Kosovo zurückzukehren, sind in den Nachbarländern oft die Möglichkeiten besser, Arbeit zu finden oder selbst sich durch Betteln über Wasser zu halten. Obwohl insbesondere Montenegro gern die etwa 4.000 Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo zurückführen würde, komme kaum einer freiwillig zurück.

Schließlich sei der Effekt von Hilfen, u.a. aus dem Reintegrationsprogramm, im Gesamtkontext der zurückgeführten Personen zu sehen. Kosovo habe mit den Hauptaufnahmeländern eine jährliche Abschiebequote von 5.600 Personen vereinbart. Dies werde zwar nicht immer ausgeschöpft, jedoch wäre allein die Versorgung und Reintegration von 600 Abgeschobenen eine große Aufgabe. Nach Einschätzung von erfahrenen Informanten wird nur ein geringer Teil der Abgeschobenen tatsächlich von Hilfeleistungen erreicht. Eine eh schon stattfindende Rück- oder Weiterwanderung nach der Abschiebung werde dadurch beschleunigt.

Diese Informationen lassen das Fazit zu, dass es sich auch beim Reintegrationsprogramm der kosovarischen Regierung lediglich um eine Erleichterung der Ankunft von Rückkehrern handelt, keineswegs um eine Reintegration. Bisherige Leistungen betreffen, wie auch die der deutschen Rückkehrbüros, nur eine kurze Phase nach der Ankunft, und beschränken sich auf Wohnen und Lebensmittel. Integrative Maßnahmen finden nicht statt, eine Nachhaltigkeit über die sechs bis maximal zwölf Monate Unterstützung hinaus ist nicht gegeben.

## Die Delegationsreise

■ Eine Bewertung der Delegationsreise ist schwierig. Die TeilnehmerInnen der Delegation brachten sehr unterschiedliche Voraussetzungen mit, so dass sich beinahe zwangsläufig verschiedene Perspektiven und Zugänge zu den Eindrücken im Kosovo herausbildeten.

Die Auswahl der besuchten Einrichtungen war nicht immer bezogen auf die Situation Abgeschobener, gab aber insgesamt einen Einblick in die Aktivitäten verschiedener Organisationen im Kosovo und (eingeschränkt) auch über ihre Möglichkeiten, Rückkehrer aus Deutschland zu unterstützen. Die Reihenfolge der Besuche war ebenfalls nicht optimal. Wären die Besuche bei den aus Niedersachsen abgeschobenen Personen vor dem Termin beim Rückkehrprojekt URA 2 erfolgt, so hätte sich dort die Gelegenheit ergeben können, ausführlichere Informationen zur geleisteten Unterstützung und zu den Perspektiven der Abgeschobenen zu erhalten. So mussten viele Fragen zur Rückkehrunterstützung offen bleiben. Schließlich war nur ein sehr geringer Teil der Delegationsreise auf die Thematik von Roma Minderheiten zugeschnitten.

In nur drei Tagen wurde ein Programm mit insgesamt 18 Stationen absolviert. Generell war der gedrängte Zeitplan wenig geeignet, hinreichend Raum für Nachfragen zu lassen. Auch schien bisweilen das Programm Teile der Delegation zu überfordern. Die konstante Begleitung durch einen Vertreter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge bei der Deutschen Botschaft Prishtina war nicht aufdringlich. Die Frage nach Sinn und Notwendigkeit stellt sich dennoch.

Im Prinzip bot die Delegationsreise den Mitgliedern des niedersächsischen Innenausschusses die Möglichkeit, sich persönliche Eindrücke von der Situation im Kosovo zu machen, in eingeschränkter Weise auch hinsichtlich der Folgen von Abschiebungen in den Kosovo. Mehr als solche Eindrücke jedoch konnten von dieser Reise nicht erwartet werden.

Bei vielen Stationen der Delegationsreise blieb im Unklaren, worüber gerade gesprochen wurde. Weder von der Mehrzahl der Referenten noch, wie wir vermuten, von zahlreichen Delegationsteilnehmern wurde unterschieden zwischen Abgeschobenen und freiwilligen Rückkehrern, oder zwischen rückkehrenden Albanern

und Minderheitenangehörigen. Situationsbeschreibungen, die für freiwillig zurückgekehrte Albaner richtig sein mögen, treffen oft in keiner Weise auch auf abgeschobene Roma zu. Dies wurde aber die meiste Zeit in einen Topf geworfen. Die zentrale Frage, nämlich: haben aus Niedersachsen bzw. der Bundesrepublik Abgeschobene praktischen, bezahlbaren und sicheren Zugang zu grundlegenden Leistungen wie Schule, Gesundheit, Wohnen und Arbeit, geriet in der Regel zur Nebensächlichkeit.

Die Ermöglichung der Teilnahme von Vertretern von Flüchtlingsorganisationen, freier Wohlfahrtspflege und Kommunalverband an der Delegationsreise ist zu begrüßen. Inwieweit dies Einfluss auf die Sichtweisen der anderen DelegationsteilnehmerInnen hatte, und nicht allein dem Dekor diene, ist vorsichtig zu bewerten.

Manche VertreterInnen der Delegation verzichteten weitgehend auf Fragen, insbesondere zum tatsächlichen Funktionieren verschiedener Unterstützungsprogramme. Man schien sich im Wesentlichen mit dem zufrieden zu geben wollen, was seitens der kosovarischen Behörden berichtet wurde. Gleich zu Beginn wurde das Interesse Kosovos an einer Liberalisierung der Visaerteilungsprozesse für kosovarische Staatsangehörige deutlich unterstrichen. Ausführungen zum Reintegrationsprogramm für Rückkehrer wurden klar in den Kontext dieses politischen Interesses gestellt. Demgegenüber steht das Interesse der deutschen und niedersächsischen Regierung, Abschiebungen möglichst auch durchsetzen zu können, was ebenfalls dazu führt, dass das Nicht-Funktionieren des Reintegrationsprogramms nicht hinterfragt wird. So ergibt sich eine Interessenskonvergenz der kosovarischen und deutschen Regierungen, das Reintegrationsprogramm schönzureden und sich mit dem zufrieden zu geben, was auf dem Papier steht – ein prägendes Interesse für die Reise.

Opfer dieser gemeinsamen Interessen war im engen Sinne das Ziel der Delegation, sich anhand der tatsächlichen Zustände und Hilfsangebote im Kosovo über die Situation von Abgeschobenen zu informieren, Opfer sind aber in erster Linie die Rückkehrer selbst, deren

Wohlergehen und Zugang zu Versorgungsansprüchen nicht unterstützt wird.

## Die einzelnen Stationen der Delegationsreise

### Erster Tag: Montag 23.04.2012

#### **Vlora Çitaku, Ministerin für europäische Integration**

Der deutsche Botschafter begleitet die Delegation zum Treffen mit der Ministerin, die sich eine halbe Stunde Zeit nimmt. Die junge und sehr forschende Ministerin setzt den Akzent, der für die weiteren Regierungskontakte der Delegation ausschlaggebend sein sollte. Kosovo ist bereit und bemühe sich sehr, die Bedingungen der EU Mitgliedstaaten auch bezüglich der Rückkehr von Staatsangehörigen zu erfüllen, fordert aber im Gegenzug dazu Visaerleichterungen, wie sie inzwischen für alle übrigen Balkanstaaten gelten. Das Reintegrationsprogramm für Rückkehrer ist eine der zentralen Bedingungen für die Aufnahme von Gesprächen zur Visaliberalisierung. Man habe große Anstrengungen unternommen, das Programm auf den Weg zu bringen. Es greife sehr gut. Als die Frage auf die zahlreichen konkreten Defizite bei der Umsetzung des Reintegrationsprogramms angesprochen wird, reagieren ein Vertreter der CDU, besonders aber der Deutsche Botschafter pikiert. Auf die Frage, warum das Geld für Brennholzlieferungen erst nach dem Winter an die Gemeinde überwiesen wurde, antwortete der Herr aus der CDU, die Leute könnten Brennholz doch auch im Wald suchen gehen. Er verstand offenkundig nicht, dass es bei der Frage um das Funktionieren eines Programms, nicht um Überlebensstrategien von Abgeschobenen ging. Der Deutsche Botschafter ließ es sich nicht nehmen die Ministerin in Schutz zu nehmen, und stellte pauschal die Glaubwürdigkeit des zitierten Gesprächspartners (Islam Elshani) in Zweifel. Die Ministerin selbst entschuldigt sich wegen weiteren Terminen.

#### **Vertreterin UNHCR**

Bevor der Vertreterin des UNHCR, Frau Toki, das Wort erteilt wird, kommt es noch zu einer Diskussion über den Einsatz von Audiorekordern durch Gäste der Delegation, auf den der Delegationsleiter vom Botschafter vorab hingewiesen worden war. Es wurde festgestellt,

dass es sich bei der Reise um Sitzungen des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtags handele, und entsprechend die Geschäftsordnung greife. Zu Aufzeichnungen sei ausschließlich der Stenograf des Landtags befugt und Mitschnitte anderer bedürften daher der ausdrücklichen Genehmigung durch den Ausschuss. Die Frage, wie mit den zahlreichen, meist per Handy geschossenen, Fotografien durch die DelegationsteilnehmerInnen zu verfahren sei, wurde nicht abschließend geklärt.

Die Ausführungen von Frau Toki, Protection Officer beim UNHCR, waren kurz. Sie beschrieb die Rolle des UNHCR in Kosovo und verwies darauf, dass UNHCR auch die Reintegration von Rückkehrern begleite. Das UNHCR führt durch eine lokale NGO (Advocacy Training and Return Centre) ein Monitoring der Ankunft von Abgeschobenen am Flughafen durch. Ebenso unterstützt UNHCR durch seine Field Offices die lokalen Behörden, die Municipal Community and Return Assistance Offices, bei der Reintegration von zurückkehrenden Angehörigen der Minderheiten. Von den ca. 5000 im Jahr 2011 in den Kosovo abgeschobenen Personen fallen so rund 600 Minderheitenangehörige unter das UNHCR Mandat.

#### **Mittagessen mit Catherine Nobbs, OSCE, und Beate Dastel, UNICEF**

Frau Nobbs von der Community Return Section der OSCE erläutert die Funktionsweise des Aktionsplans zur Umsetzung der Reintegrationsstrategie. Sechs Ministerien bilden gemeinsam ein Executive Board, das über die Fälle entscheidet. Für 2011 standen 3,4 Mio Euro für Reintegrationsmaßnahmen zur Verfügung, davon wurden rund 300.000 Euro zugunsten der Rückkehrer verwendet. Weitere 700.000 Euro sollen lt. Frau Nobbs für andere Ausgaben im Board und Central Office des Programms verwendet worden sein, doch kann sie hierzu keine genauen Angaben machen.

In der ersten Phase sollen Rückkehrer sechs Monate Unterstützung erhalten, im Bedarfsfall maximal weitere sechs Monate. Schwierigkeiten machen schon die Registrierung und die Beschaffung von Unterlagen wie z.B. Schulzeugnisse. Grundlegendes Problem vieler Rückkehrer aus den Minderheitengruppen ist der Nachweis und die Verfügbarkeit von Grundstücken, die die Voraussetzung für die Errichtung eines Hauses sind. Hier befasse sich vor allem die Kosovo Property Agency mit Besitzansprüchen.



Frau Nobbs äußert große Bedenken hinsichtlich der Umsetzung der Reintegrationsstrategie für Rückkehrer seitens der kosovarischen Regierung. Nur ein geringer Teil der in der Strategie festgelegten Aktionen würde bisher umgesetzt, weniger als 10 Prozent der seit Mitte 2010 bereitgestellten Mittel sei tatsächlich für Unterstützungsmaßnahmen eingesetzt worden. Frau Dastel verspätet sich und es kommt kein Gespräch richtig in Gang. Der Termin soll nach Möglichkeit nachgeholt werden.

### **Stadtverwaltung Fushë Kosovë**

Wir werden von mehreren Mitgliedern des Gemeinderates und der Stadtverwaltung empfangen, unter anderem von Cerim Vala, einem Ashkali und stellvertretendem Bürgermeister, und Halil Qerimi von der Minderheitenvertretung, die auch mit der Reintegration der Rückkehrer betraut ist.

In Fushe Kosova leben nach ihren Angaben 4000 Ashkali, 300 Roma und 300 Serben, sowie 100 Ägypter als Minderheiten. Von diesen haben genau 37 Personen eine feste Arbeit. Von Januar bis März 2012 kam es zur Rückführung von etwa 500 Personen, die reintegriert werden sollen.

Ein Projekt des Deutschen Auswärtigen Amtes finanziert die Errichtung von Häusern für bedürftige Familien, die Durchführung obliegt dem Arbeiter Samariter Bund (ASB). 2010 wurden fünf, 2011 sechs Häuser gebaut, für 2012 sind weitere sieben Häuser geplant. Insgesamt wurden 180 Anträge auf Lebensmittel und Unterbringung beim Reintegrationsbüro gestellt und alle bewilligt. Anträge auf Existenzgründungen (in Höhe von je 1.500 Euro) wurden bisher nicht bewilligt.

### **Balkan Sunflower Learning Center**

In Fushe Kosova werden wir durch das Lernzentrum des Projektes Balkan Sunflower geführt. Das Projekt wird von verschiedenen internationalen Geldgebern finanziert und unterstützt den Schulbesuch von Kindern in der nach dem Krieg größten Minderheitensiedlung des Kosovo. In verschiedenen Gruppen werden Kinder durch Vorschulprogramme auf die Schule vorbereitet, außerdem findet ein schulbegleitender Unterricht statt, und die Küche des Projektes gibt Essen aus. Dadurch haben sich die Schulbesuchsquoten wesentlich verbessert, berichtet der Sprecher der Organisation. Allerdings sind die Kapazitäten des Projektes be-

grenzt und es kann sich nicht um Kinder kümmern, die nicht die Schule besuchen.

Gab es 2006 nur sechs Ashkali Kinder, die in die Sekundarstufe übertraten, so waren es 2011 65. Insgesamt stellt das Projekt mehr Schulbesuch und weniger Schulabbrüche fest. Zentral für die Besserung des Schulbesuchs ist die Arbeit auch innerhalb der Communities, die von Balkan Sunflower und anderen NGOs durchgeführt wird. Unterricht wird hauptsächlich durch internationale Freiwillige geleistet, es gibt drei Stunden Unterricht pro Tag für 30-40 Kinder.

Der Erfolg dieses Projektes muss in Relation zur Zielgruppe gesehen werden. Zum einen kümmert sich das Projekt neben dem kleinen Vorschulprojekt lediglich um die Kinder, die schon die Schule besuchen, zum anderen ist es winzig angesichts der Gesamtdimension. Im Kosovo ist ein Drittel der Bevölkerung unter 15 Jahre, bei einer Siedlung von rund 5.000 Minderheitenangehörigen wären also annähernd 1.500 Kinder im Vorschul- oder schulpflichtigen Alter. Ein Projekt für vielleicht 100 Begünstigte ist da ein positives Signal, aber auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

### **Geschwister Gashi**

Die Geschwister Gashi, zwei Männer und eine Frau, alle im Alter von gut 20 Jahren, von denen zwei aus Niedersachsen abgeschoben wurden und einer etwas später nachreiste, wohnen in einem kleinen niedrigen Haus in Fushe Kosova. Auf dem Grundstück, das zur Straße hin durch eine Mauer und ein Tor abgeschlossen ist, steht noch ein weiteres Haus. Wir dürfen das Haus besichtigen, das dürftig eingerichtet ist. Die Geschwister haben mit den Nachbarn keine Probleme, aber auch nicht viel Kontakt. Einer der Brüder hat einen verkrüppelten Fuß, der ihm Schmerzen bereitet. Die 100 Euro monatliche Miete wird noch von URA 2 bezahlt. URA vermittelte und finanzierte auch einen Job für den jüngeren der Brüder und zahlte einen Lohnzuschuss von 50 Euro pro Monat. Nach Ende der Zuschussphase gab es jedoch keine Fortdauer des Beschäftigungsverhältnisses in einem Einkaufsmarkt. Die Geschwister haben keine Perspektive, eine Ausbildung, einer Arbeit oder eine Wohnung zu bekommen, wenn die Unterstützung durch URA 2 ausläuft. Der junge Mann mit dem verkrüppelten Fuß hat im Kosovo keine Aussicht auf Behandlung oder auch nur auf orthopädische Schuhe, die seine Schmerzen lindern würden.

## **URA 2 Projekt des BAMF / gemeinsames Abendessen mit Birgit Budde, Leiterin URA 2**

Die Besichtigung von URA 2 fand wegen zeitlichen Verzugs in einer gewissen Eile statt. Nach der Begrüßung durch Birgit Budde, die den ehemaligen Leiter der Einrichtung, Jürgen Kaas, ersetzt hat, bekam die Delegation eine Führung durch das aufgeräumte Haus und wurde einigen MitarbeiterInnen vorgestellt. Anschließend versammelte sich die Delegation und Frau Budde gab einige Erläuterungen zum allgemeinen URA 2 Programm und nannte Rückkehrerzahlen.

Frau Budde verweist darauf, dass sie im vergangenen Jahr nur etwa die Hälfte des zur Verfügung stehenden Budgets von rund 800.000 Euro verwendet hat. Dies dürfte mit der Zahl der Rückkehrer, insbesondere aus den Förderländern des Projektes, neben Niedersachsen Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Thüringen, und den strikten Vorlagen der Mittelverwendung im Zusammenhang stehen. Zurückgeführte, die nicht aus den oben genannten Bundesländern kommen, erhalten lediglich Beratungsleistungen; verschiedene Leistungen sind wiederum nur „freiwilligen“ Rückkehrern vorbehalten.

2011 gab es 117 „freiwillige“ und 220 zwangsweise Zurückgeführte aus der Bundesrepublik, die von URA 2 registriert wurden. Weiter waren von 2010 noch ca. 200 Personen in der Förderung. In 2012 gab es bis dato 86 Rückkehrer (24 „freiwillige“, 62 zwangsweise Zurückgeführte), wovon 46 in der Förderung sind. Auch wenn Frau Budde sich hierzu nicht geäußert hat, ist angesichts dieser Auskunft davon auszugehen, dass ein erheblicher Teil der Rückkehrer aus der Unterstützung des Büros herausfällt, weil sie den Kosovo nach der Rückkehr gleich wieder verlassen.

Aus Niedersachsen gab es 2011 62 Rückkehrer, davon 39 Abgeschobene. Nach Volksgruppenzugehörigkeit waren dies 10 Albaner, 1 Serbe, 39 Roma, 11 Ashkali, 1 Ägypter.

<sup>6</sup> « freiwillig » steht in Anführungszeichen, weil es sich bei den so genannten Rückkehrern zumeist um ausreisepflichtige Personen handelt. Häufig, wie beim Rückkehrerprogramm Rheinland-Pfalz, ist dies sogar Bedingung für eine Förderung. Ausreisepflicht heißt jedoch, dass häufig auch Ausreisedruck ausgeübt wird, und Personen, die sich zur Rückkehr entschließen, dies nicht aus freien Stücken tun. Schließlich gilt es sich den Satz des Völkerrechtlers Gregor Noll zu vergegenwärtigen, dass von Freiwilligkeit einer Rückkehr nicht gesprochen werden kann, wenn es keine plausible (rechtliche) Alternative gibt.

Frau Budde wies darauf hin, dass zwei MitarbeiterInnen ihres Teams die von der Diakonie Kosova angebotene Traumafortbildung mit großem Erfolg absolviert hätten. Weiter berichtete Frau Budde davon, dass URA 2 gelegentlich auch Bekleidung an Rückkehrer verteile, die ihr von MitarbeiterInnen der Botschaft überlassen werde. Der Zugang zu den Räumlichkeiten werde von einer Sicherheitskraft bewacht, die Besucher nach oben anmeldet, weil es einen Fall gegeben habe, in dem Drohungen gegen URA 2 seitens eines Rückkehrers ausgesprochen worden waren. Außerdem sei bereits zwei Mal im Zentrum eingebrochen worden. Im Falle des genannten Rückkehrers sei die Beratung jedoch friedlich und unkompliziert verlaufen, dennoch fühle man sich sicherer mit dieser Zugangskontrolle.

Es gab wenig Raum für Nachfragen, da ein gemeinsames Abendessen mit Frau Budde auf dem Programm stand, wo noch Gelegenheit zum Gespräch sein sollte. Hier wurde, vielleicht auch weil die Delegationsteilnehmer erschöpft waren, von dieser Gelegenheit jedoch kein Gebrauch gemacht. Ich wies Frau Budde darauf hin, dass uns von einem Reporter des Minderheitenprogramms im kosovarischen Fernsehen berichtet wurde, im Motel Sllatnika, wo Rückkehrer nach der Ankunft am Flughafen untergebracht werden, herrschten unhaltbare Zustände, es sei dreckig, würde stinken, und es gebe Ratten im Gebäude. Dies konnte Frau Budde nicht bestätigen, bei ihrem Besuch des Motels sei es sauber und ordentlich gewesen, auch hätte Essen auf dem Tisch gestanden. Allerdings meinte Frau Budde, die kosovarische Regierung würde schon nach einer anderen Lösung suchen, vor allem jedoch, weil die Miete des Motels zu teuer sei. Auch bestätigte sie, dass Jürgen Kaas regelmäßig in den Kosovo geflogen sei um das Reintegrationsprogramm mit aufzubauen und den Behörden beratend zur Seite zu stehen. Diese Aufgabe sei aber nun beendet.

Das Treffen mit Frau Budde bestätigt den Eindruck, dass sie wesentlich kompetenter ist, das Rückkehrprojekt URA 2 sowohl zu leiten als auch nach außen hin zu vertreten, als ihr Vorgänger. Da die Defizite des Programms jedoch strukturell angelegt sind, ändert dies nichts an der schon früher geäußerten Kritik durch PRO ASYL. Dazu zählen die Befristung der Unterstützungen zum Lebensunterhalt auf sechs Monate, maximal eine Einmalzahlung von höchstens 75 Euro für medizinische Behandlung oder Medikamente, geringe und ebenfalls

auf sechs Monate befristete Lohnzuschusszahlungen im Falle einer Vermittlung in den Arbeitsmarkt. In der Regel endet das Arbeitsverhältnis nach Ende der Bezuschussung durch URA 2. Existenzgründungszuschüsse gibt es nur in wenigen Fällen, sie sind Ermessenssache des Büros und unterliegen verschiedenen Auswahlkriterien (unter anderem kommen hierfür nur „freiwillige“ Rückkehrer in Betracht).

Die Hilfen durch URA 2 können so lediglich als Überbrückungshilfe angesehen werden und leisten nicht im Ansatz die Aufgabe einer nachhaltigen Reintegration. Hinsichtlich der Reintegration für RAE Minderheiten stellt das durchweg albanische Team eine Barriere dar, vielleicht weniger, weil es zu Diskriminierungen durch die URA 2 Angestellten kommen könnte, als vielmehr weil das Verhältnis insbesondere zwischen Albanern und Roma von Angst, Mißtrauen und Sprachbarrieren geprägt ist, was die Bildung eines vertrauensvollen Verhältnisses zumindest erschwert. Diese Kritik stellt jedoch ein Problem nicht nur von URA 2, sondern von allen deutschen Rückkehrbüros und der Mehrzahl der kosovarischen Einrichtungen, insbesondere auch der psychosozialen, dar. Durchweg konnten wir nur koso-vo-albanische Mitarbeiter finden.

## **Zweiter Tag : Dienstag, 24.04.2012**

### **Kosovarisches Innenministerium**

Beim Besuch des Innenministeriums wurden wir von einer sechsköpfigen Abordnung empfangen, angeführt von Herrn Staatssekretär Ilhami Gashi. Auch eine Vertreterin des deutschen Bundesinnenministeriums unterstützte die kosovarische Abordnung. Als Leiterin des Reintegrationsbüros war Frau Violeta Berisha anwesend. Die meisten der Vertreter des Ministeriums sprechen gut deutsch, doch wurde die Unterhaltung albanisch-deutsch übersetzt.

Ins Auge fiel die ausgesprochen hierarchische Ordnung bei den Ausführungen. Bei den Antworten gab jeweils der Staatssekretär die Richtung vor und verwies dann auf seine Untergebenen, insbesondere Frau Berisha, zu weiteren Erläuterungen. Im Wesentlichen liefen die Ausführungen der VertreterInnen des kosovarischen Innenministeriums darauf hinaus, dass das Reintegrationsprogramm erfolgreich funktioniere. Auf Defizite angesprochen, erklärte das Innenministerium, dass die

Prozedur der Leistungsbewilligung und –vergabe teilweise in die Verantwortung der lokalen Reintegrationsbüros gelegt werden soll.

380.000 Euro seien im Projekt für die Unterstützung von Rückkehrern ausgegeben worden, im Wesentlichen für Essenslieferungen, Hygienemittel und Mietzahlungen.

Die von Frau Nobbs geäußerten Zahlen zu 700.000 Euro, die zusätzlich zu den Leistungen für Rückkehrer aus dem Reintegrationsfonds abgeflossen seien, können sich die Vertreter des Innenministeriums nicht erklären. Keinesfalls sei dies für Lohnzahlungen ausgegeben worden. Die zehn MitarbeiterInnen des Büros (und des Büros am Flughafen) bekämen zwischen 280 und 320 Euro monatlich, Frau Berisha werde aus Mitteln des Innenministeriums bezahlt.

Es bestehen verschiedene Kooperationen mit Organisationen zur Implementierung einzelner Projektbereiche. So sei die Internationale Organisation für Migration im Bereich berufliche Reintegration tätig, UNICEF bei der schulischen Integration, UNDP unterstütze Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, v.a. ein Projekt mit 60 geplanten Existenzgründungen. Es bleibt offen, ob und welche Mittel für diese Kooperationen aus dem Reintegrationsfonds abgeflossen sind. Man hätte sich angesichts der hochrangigen Delegation schlüssige Zahlen gewünscht.

### **KFOR-HQ „Lageunterrichtung“**

Im Hauptquartier der KFOR „Film City“ bei Prishtina erhalten wir insbesondere einen informativen Bericht zur Situation in den nördlichen Gebieten, wo in den letzten Monaten neue Spannungen aufflammten und anlässlich der Wahlen weitere erwartet werden. Im übrigen Land seien viele KFOR-Maßnahmen zurückgefahren und die Bewachung serbischer Klöster und Kirchen an die kosovarische Polizei übergeben worden. Off records wurde auch Stellung genommen zu Fragen der Korruption und der Bedingungen von Rückkehrern. Die Rückführung von Roma und anderen Minderheiten gestalte sich sehr schwierig. Es gebe bei weitem noch nicht die Möglichkeit für diese Menschen, hier ein vernünftiges Leben zu führen. Es gibt immer noch Romalager, die trotz der gesundheitsbelastenden Be-

dingungen für die Bewohner bis heute nicht vollständig geschlossen werden konnten. Der Kontakt zwischen Roma-Communities, Serben oder Albanern begrenzt sich auf das Nötigste. Roma stünden zwischen den Stühlen und würden sowohl von Serben als auch Albanern diskriminiert.

Immer noch sehe man im ganzen Land Potential für sozialen Sprengstoff, insbesondere durch den hohen Anteil von Jugendlichen an der Bevölkerung und die gleichzeitige hohe Jugendarbeitslosigkeit, was die Bevölkerung empfänglich für Manipulationen mache. Auch der steigende Zulauf für die nationalistische Partei Vetëvendosje wurde hiermit in Zusammenhang gebracht.

### **Roma Mahalla, Mitrovica, Mercy Corps**

In der Roma Mahalla in Mitrovica werden wir von einem Herrn der Organisation Mercy Corps empfangen. Er erklärt die von Mercy Corps koordinierten (und auch hauptsächlich finanzierten) Bemühungen, Familien aus bleiverseuchten Lagern in Nord-Mitrovica in der Mahalla Süd-Mitrovicas anzusiedeln. Die Gemeinde Süd-Mitrovica hat hierzu den Grund zur Verfügung gestellt, Mercy Corps und andere internationale Organisationen ließen auf diesem Grund Reihenhäuser mit kleinem Hof errichten. Dies wurde in Abstimmung mit den Wohngepflogenheiten der Roma unternommen, das Roma-Ashkali Documentation Centre war hier beratend einbezogen. Wir besuchten auch die unter der Leitung des Danish Refugee Council arbeitende Beschäftigungsmaßnahme Industrial Hotel. Hier findet eine Reihe von Ausbildungen statt, weiter werden Räumlichkeiten und Werkzeuge für Roma vergeben, die sich selbständig machen wollen. Nach Auskunft des DRC sind aber nur eine Handvoll Roma tatsächlich im Ausbildungsprogramm. Nur fünf Personen haben kleine Geschäfte eröffnet. Bei unserem Besuch waren zwei kleine Werkstätten für Moped-Reparaturen geöffnet sowie ein Friseursalon.

Eine aus Italien abgeschobene Frau berichtete, dass sie mit ihren Kindern keinen Wohnraum habe, und dass wir uns dringend dafür verwenden sollten, dass ihr ein Stück Grund zugewiesen werde und ein Haus gebaut werde, damit sie mit ihrer Familie einen Platz zum Wohnen habe. Dies zeigt die Begrenztheit der bestehenden Wiederansiedlungsprogramme auf, die sich entweder an eine bestimmte Gruppe wenden (wie die

Bewohner von bleiverseuchten Lagern im Nord-Kosovo), oder den Nachweis von Grundbesitz in der Mahalla als Voraussetzung für Hilfsmaßnahmen verlangen.

### **Diakonie Kosova, Diakonie Learning Center**

Wir werden von Bernd Baumgarten empfangen, bis vor kurzem Geschäftsführer des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirchenkreise Trier und Simmern-Trarbach gGmbH, und derzeit Leiter des Ausbildungszentrums, das die Diakonie Trier von der Kindernothilfe übernommen hatte. Das Herzstück des Zentrums sind dreimonatige Kurzausbildungen als Trockenbauer, Maurer, Elektro- oder Heizungsinstallateur, sowie Computerkurse. Hierfür stehen mehrere Lehrer und gut ausgestattete Werkräume zur Verfügung. Die Räumlichkeiten werden von der Gemeinde Mitrovica gestellt. Die Kursteilnahme muss bezahlt werden, die Gebühren sind allerdings wohl nicht allzu hoch. Laut Webseite gibt es Unterkunftsmöglichkeiten, so dass die Teilnehmenden auch von anderen Orten im Kosovo kommen können. Wir erhielten keine Information, inwieweit das Angebot angenommen wird und was die Unterbringung kostet.

Zwei von URA 2 betreute Personen konnten an einem der Kurse teilnehmen. Das Zentrum beherbergt auch die Rückkehrberatung der Diakonie Trier, die von Fushe Kosova zunächst nach Vushtri und dann nach Mitrovica umsiedelte. Im Jahr 2011 seien 40 Rückkehrer betreut worden. Ein weiteres Projekt ist eine Bio-Geflügelzucht, die sich jedoch noch im Aufbau befindet. Zur Rückkehrberatung bekamen wir wenig Auskünfte, es wurde lediglich darauf verwiesen, dass sie nach wie vor an das Rückkehrkonzept der rheinland-pfälzischen Landesregierung anknüpft, das Rückkehrberatung durch Ausländerbehörden, Gemeinden und NGOs in Rheinland-Pfalz mit Rückkehrunterstützung im Kosovo verbindet. Die Projekte der Diakonie Trier scheinen generell unter Mittelknappheit zu leiden. Herr Baumgarten betonte die Abhängigkeit von Spenden und strich die Unterstützung durch die Firma Knauff und die Steffi Graf Stiftung heraus. Die Überlassung des Geländes durch die Gemeinde Mitrovica ist anscheinend an die Auflage gekoppelt, dass die Schüler der Technikerschule des Ortes dort den praktischen Teil ihrer Ausbildung absolvieren.

Herr Baumgarten betont, dass in der kosovarischen Gesellschaft Ausbildung und Arbeit, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit, grundlegend seien für ein gutes Leben. Arbeitslosigkeit sei das größte Problem und nur gut qualifizierte Arbeitskräfte hätten Chancen auf ein festes Angestelltenverhältnis. Besonders Roma müsse er aufgrund ihrer Bildungsferne gelegentlich besonders intensiv betreuen.

Zu seiner Einschätzung befragt, ob er es für besser halte Abschiebungen von Roma auszusetzen, bis im Kosovo eine stabilere Lage herrsche und die Roma-Arbeitslosigkeit nicht mehr derartig hoch sei, gibt er an, sich nicht zur deutschen Abschiebepolitik äußern zu wollen, da er im Kosovo lebe. Er erklärt stattdessen, dass er mit seiner Institution, wenn sie denn mehr Geld hätte, viel gegen die hohe Arbeitslosigkeit unternehmen und den Ashkali und Roma so helfen könnte.

### **Die Fortbildung in Traumatherapie bei der Diakonie Kosova**

Die Traumatherapie – für die 2007 laut Diakonie-Mitarbeiter Nysret Krasniqi ein Mannheimer Professor zuständig sein sollte – wurde schließlich durchgeführt (lt. Herrn Baumgarten) von Dr. Lutz Besser aus Isernhagen. Sie umfasste (laut einem Informationsblatt) sechs Module á vier Tage und ist derzeit abgeschlossen. Von einem weiteren Kurs war keine Rede. Es ist anzunehmen, dass Herr Dr. Besser die Kurse selbst durchgeführt hat. Er ist Therapeut mit Schwerpunkt auf Kinder- und Jugendtherapie und EMDR<sup>7</sup>.

Laut Herrn Baumgarten gab es ca. 20 Teilnehmer im Kurs, die sich je zur Hälfte aus dem Gesundheitsministerium und anderen Einrichtungen (darunter URA 2) bzw. praktizierenden Ärzten etc. rekrutierten. Man habe nicht den Fehler des BAMF wiederholen wollen, Leute auszubilden, die nachher mangels Anstellung nicht in der Lage seien zu praktizieren. Auf meine Frage hin gab die Leiterin der Psychiatrischen Uniklinik Prishtina allerdings an, von diesem Projekt nie etwas gehört zu haben. Einer weiteren Quelle zufolge stehen nun die ersten Absolventen der staatlichen Universität zur Verfügung, und deren Ausbildung sei höher einzu-stufen. Eine Einschätzung, die nicht notwendig zu teilen ist, gemessen an den Standards der Uni in Prishtina.

Ein Unistudium und eine Zusatzausbildung in Traumatherapie können sich gut ergänzen.

Ein nicht unwesentlicher Punkt zur Teilnehmerauswahl (der diesen Schwachpunkt der traumatherapeutischen Ausbildung des BAMF Projektes wiederholt), ist die Überbrückung der Sprachbarriere. Beim BAMF Projekt war die Beherrschung der deutschen Sprache Bedingung für die Teilnahme. Die Dominanz dieses Kriteriums hatte beim Projekt des BAMF als Konsequenz, dass ein großer Teil der älteren und erfahreneren Leute, die u.U. schon in therapeutischen Einrichtungen arbeiten, mangels Sprachkenntnissen per se vom Angebot ausgeschlossen ist.

Zur Begründung des Kursangebots verwies Herr Baumgarten auf die hohe Zahl Traumatisierter im Kosovo. Er unterstrich, dass eine Therapie im heimischen Kontext die besten Heilungschancen verspreche. Dagegen ließ er unerwähnt, dass eine Therapie nur Erfolg versprechend sei bei gesicherter Existenz. Beides ist, nicht zuletzt durch Studien im post conflict Balkan, hinreichend erwiesen. Gerade der zweite Punkt spricht jedoch dagegen, dass Abgeschobene Zugang zu therapeutischer Hilfe haben. Zum einen sind sie durch die Abschiebung oft so geschockt, dass sie sich auf überhaupt keine Therapie einlassen können, sondern nur von dem Wunsch getrieben sind, einen Ausweg aus ihrer Lage zu finden. Zum anderen gelingt es Abgeschobenen oft erst nach Jahren, sich eine einigermaßen sichere Existenz aufzubauen. Kurzzeitige Unterstützung durch Rückkehrprojekte hilft hier nicht viel, denn die Rückkehrer sehen die Wochen verrinnen, die ihnen bis zum Ende der Mietzahlungen und Lebenshaltungszuschüsse bleiben, und blicken in eine ungewisse Zukunft. Unter diesen Umständen ist es selbst Personen, die in Deutschland in traumatherapeutischer Behandlung waren, oft nicht möglich, eine Therapie fortzusetzen. Hinzu kommt, dass die Angebote in der Regel nicht am Wohnort der Rückkehrer gemacht werden können, sondern vor allem in Prishtina. URA 2 hat inzwischen die Möglichkeit, in eingeschränktem Umfang Kosten für Busfahrten zu erstatten. Dies ist jedoch nicht die Regel. Die Regelung gilt nur für sechs Monate, und falls eine traumatisierte Person begleitet werden muss, bedeutet dies zusätzliche Kosten und möglicherweise Verdienstausschluss. In einer Situation relativer Mittellosigkeit sind es oft diese kleinen Hürden, die den Weg zu therapeutischer Hilfe versperren.

<sup>7</sup> vgl. [http://www.zptn.de/Homepage/zptn\\_main.html](http://www.zptn.de/Homepage/zptn_main.html)  
[http://www.emdr-institut.de/0100\\_emdr/index.php](http://www.emdr-institut.de/0100_emdr/index.php)

Wie schon beim BAMF-Projekt ist es so, dass im Prinzip nichts gegen diese Ausbildung einzuwenden ist, sich aber in der Praxis erweisen muss, ob das Wissen und die gewonnene Kompetenz dann auch Betroffenen zu Gute kommt, sowie, ob auch traumatisierte Rückkehrer aus Deutschland Zugang zu Hilfen haben. Herr Baumgarten meinte, einer der Absolventen sei jetzt im Gesundheitsministerium. Damit habe sich die Ausbildung ja sehr gelohnt – eine Annahme, die bezweifelt werden kann. Das Wissen über Traumatisierungen im Kosovo ist unter Ärzten und NGOs weit verbreitet. Ein großer Teil der Bevölkerung wurde nach den 90er Jahren und dem Krieg als traumatisiert eingestuft. Eine Reihe von NGOs arbeitet seit langem und auch erfolgreich in diesem Bereich, doch erhalten sie Unterstützung durchweg aus dem Ausland. Diese Mittel sind in der Regel projektbezogen, das heißt, sie umfassen die Unterstützung bestimmter Zielgruppen. So hat der Dänische Flüchtlingsrat mehrfach Projekte mit dem KRCT (Kosova Rehabilitation Centre for Torture Victims) für Rückkehrer aus skandinavischen Ländern durchgeführt. Rückkehrer aus Deutschland hätten Zugang zu entsprechenden Angeboten nur falls sich Geldgeber für ein diesbezügliches Projekt finden. Das Projekt der Diakonie Trier bezieht sich keineswegs gezielt auf Abgeschobene, sondern generell auf Traumatisierte im Kosovo. Angesichts der fehlenden wirtschaftlichen Integration von Rückkehrern aus Deutschland kann nicht davon ausgegangen werden, dass Therapien von den Betroffenen bezahlt werden können.

Ein weiterer, ernstzunehmender Aspekt dieser Ausbildungen und der Gesamtsituation im Kosovo ist, dass nahezu alles medizinische Personal der Mehrheitsbevölkerung der Kosovo-Albaner angehört. Hieraus ergeben sich zwei Probleme, beachtet man, dass die noch in Deutschland verbliebenen ausreisepflichtigen Kosovaren vielfach der Roma-Minderheit angehören. Das erste ist die Frage, ob es überhaupt eine hinreichende sprachliche Verständigungsmöglichkeit gibt, um sinnvoll eine Therapie durchführen zu können. Oft sprechen Roma im Kosovo nicht Albanisch, sondern Serbisch als Zweitsprache neben Romanes. Der zweite Aspekt ist, dass Roma-Vertreibungen nicht vor und während des Krieges stattfanden, sondern dass Roma hauptsächlich erst nach dem Ende des Krieges, und zwar von der albanischen Bevölkerungsmehrheit, vertrieben wurden. Die Aggressionen, Ängste und Barrieren aus dieser Zeit werden nicht thematisiert, sind aber

gleichwohl da. Sie äußern sich in zahlreichen Meinungsstrategien. Für Roma, die von Kosovo-Albanern Schlimmes zu erleiden hatten, ist der Aufbau eines vertrauensvollen Verhältnisses zu albanischen Therapeuten wahrscheinlich in vielen Fällen unmöglich.

Bei der Ausbildung zur Traumatherapie dürfte es sich um eine Zusatzausbildung handeln, die hilfreich sein kann. Hinsichtlich ihres Gebrauchswertes bezüglich Abgeschobenen und behandlungsbedürftigen Rückkehrern aus Deutschland kann jedoch bis auf weiteres nicht davon ausgegangen werden, dass ein absolviertes Training direkt die Verbesserung des Behandlungsangebotes im Kosovo und den Zugang von Abgeschobenen aus Deutschland zu diesem Angebot bedeutet.

### **Plementina Roma Siedlung**

Auf dem Rückweg von Mitrovica halten wir in Plementina, wo ein Wohnblock zahlreiche Roma-Familien beherbergt. Der Delegationsleiter empfahl, aus dem Bus nicht auszusteigen, es blieb dennoch die Möglichkeit, mit einigen Bewohnern in Kontakt zu treten und auch das Zimmer einer aus Deutschland abgeschobenen Familie zu besuchen. Die Familie hat nach ihrer Vertreibung aus Peja fünf Jahre in Deutschland geduldet gelebt und wurde 2010 abgeschoben. Über sechs Monate haben sie nach ihrer Abschiebung eine Unterkunft für 10 Euro pro Monat bezahlt bekommen. Das Haus wird vom kosovarischen Staat unterhalten, es gibt weder Wasser noch Strom. Im vielleicht 12 Quadratmeter großen Zimmer lebt eine achtköpfige Familie. Geheizt und gekocht wird auf einem üblichen Holzofen. Vom Reintegrationsprogramm hat die Familie Mehl und Öl erhalten, wahrscheinlich auch Brennholz. Die Familie hat keine Möglichkeit, aus dieser elenden Situation herauszukommen. Um den Wohnblock stehen zahlreiche Baracken und improvisierte Hütten und Verschlüge, die ebenfalls zum Teil bewohnt sind.

### **Treffen mit Beate Dastel, UNICEF**

Nachdem der ursprüngliche Termin mit Frau Dastel nicht zustande gekommen war, nahm die Delegation gern das Angebot an, Frau Dastel abends noch einmal zu treffen. Die österreichische Mitarbeiterin von UNICEF Kosovo erläuterte, dass UNICEF seit den frühen 90er Jahren im Kosovo ist und über fünf Abteilungen mit insgesamt 40 MitarbeiterInnen verfügt. Eines der Anliegen sei dabei die Reintegration von Kindern zurück-

geführter Familien mit speziellen Bedürfnissen in die Schule, wo UNICEF ein Projekt im Rahmen der Reintegrationsstrategie durchführe. Schulleitung und Lehrer zeigten sich gelegentlich unkooperativ, wenn es um die Einschulung von Romakindern geht, so dass UNICEF sich direkt an das Ministerium wenden müsse, um eine Intervention zu erreichen. Es komme aber selbst bei eingeschulten Kindern immer wieder vor, dass weitere Probleme auftauchen, weil die Roma Kinder in die letzte Ecke gesetzt werden, keine Bücher oder keinen Stuhl bekommen. 100% der schulpflichtigen albanischen Kinder besuchen die Schule, aber nur ca. 70% der Roma Kinder. Hierin sieht Frau Dastel klar einen Ausdruck bestehender Diskriminierung. Eine Studie direkt zur Diskriminierung von Minderheiten im Kosovo gebe es ihres Wissens nach allerdings nicht. Ihrer Ansicht nach ist die Reintegration von Minderheiten in den Kosovo ein Prozess, der sich voraussichtlich noch Jahrzehnte hinziehen wird. Gängige Reintegrationsprogramme greifen hier mit sechs Monaten viel zu kurz.

Frau Dastel stellte fest, dass trotz einiger Fortschritte in der Umsetzung des Reintegrationsprogramms die wesentlichen Kritikpunkte der 2010 von UNICEF veröffentlichten wissenschaftlichen Studie bestehen bleiben. Sie gab eine Reihe von Informationen, darunter, dass lediglich ca. ¼ der Anspruchsberechtigten auch tatsächlich Sozialhilfe bekommen. Sie berichtete ebenfalls von dem kurz zurückliegenden Suizid eines Mädchens in der Gemeinde Prizren, das in einem Abschiedsbrief einen Zusammenhang zur Abschiebung herstellte.

## **Dritter Tag: Mittwoch, 25.04.2012**

### **Psychiatrische Abteilung der Universitätsklinik Prishtina**

Wir werden von der Direktorin empfangen und durch verschiedene Abteilungen des Hauses geführt. Mehrere Pfleger begleiten uns, um gegebenenfalls Aufdringlichkeiten der Insassen von der Delegation abzuhalten. Schließlich lassen wir uns in einem kleinen Sitzungsraum nieder. Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert uns die Direktorin den Aufbau der Anstalt und den (außerordentlich dürftigen) Personalschlüssel. Die Direktorin bestätigt den Eindruck, dass hauptsächlich medikamentös behandelt wird. Zwar gibt es wohl ge-

legentliche Angebote der Gruppentherapie, in der Verhaltensweisen trainiert werden sollen, aber Priorität scheinen diese Therapien nicht zu haben. Die Möglichkeiten der Selbstbeschäftigung sind ärmlich. In den Mehrbettzimmern gibt es weder Tisch noch Stühle, die Regale der Gemeinschaftsräume sind leer, Stricken und Häkeln zählen zu den wenigen Beschäftigungen, wobei unklar ist, ob die Materialien von der Klinik gestellt werden können. In einem der kleinen Aufenthaltsräume stellt eine Insassin Steine auf für ein Mensch-ärgere-Dich-nicht Spiel, ein Mitspieler ist nicht in Sicht. Der Durchlauf ist erheblich: ca. 800 neue Patienten nimmt die Klinik jährlich auf, bei einer geschätzten Kapazität von vielleicht 200 Betten. Die Klinik ist in hohem Maße abhängig von Geldmitteln und Fördermitteln privater ausländischer Organisationen.

Traumatisierte werden ausschließlich ambulant behandelt, und auch hier herrscht die Vergabe von Medikamenten vor. Die Medikamente sind durchweg nicht auf neuestem Stand. Die „Essential Drug List“, eine Liste von Medikamenten, die vorgehalten und günstig oder umsonst abgegeben werden, führt keine neuen Medikamente, die deshalb vom Patienten privat und teuer in Apotheken gekauft werden müssen. Haloperidol zählt als Therapie- und Ruhigstellungsmittel zu den Standardmitteln. Bei Dauerbehandlung führt Haloperidol zu erhöhten Sterberaten vor allem älterer Patienten<sup>8</sup>.

### **Kosova Rehabilitation Center for Torture Victims, Feride Rushiti**

Die Direktorin Feride Rushiti beschreibt die Aufgaben des KRCT im Bereich der Traumabehandlung von Gewaltopfern. KRCT ist renommiert und seit Jahren in diesem Bereich tätig. Training und finanzielle Unterstützung kommt von zahlreichen internationalen Nichtregierungsorganisationen. KRCT arbeitet mit dreiköpfigen Teams bestehend aus je einem Psychologen, Sozialarbeiter und Juristen. Außerdem leistet KRCT Monitoring-Aufgaben zur Einhaltung der Menschenrechte, so z.B. im Bereich Inhaftierung.

<sup>8</sup> vgl. Ärzte Zeitung Online zu Gefahren einer Haloperidol Behandlung:  
<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/demenz/article/806323/haloperidol-pflegeheim-keine-gute-idee.html>

Frau Rushiti äußert deutliche Kritik an der Umsetzung der Reintegrationsstrategie der kosovarischen Regierung. Die Regierung habe der Rückführung von mehr als 5.000 Personen jährlich zugestimmt, die Reintegration funktioniere jedoch nicht, die Behörden seien überlastet und unfähig, mit den Rückkehrern umzugehen. Mittel zur Unterstützung von Rückkehrern würden nicht bereitgestellt, und der Staat suche nicht die Kooperation mit kosovarischen Nichtregierungsorganisationen, die über viel Erfahrung im Bereich der Integration von Rückkehrern verfügen.

Sie unterstreicht die besonderen Bedürfnisse, welche Rückkehrer durch ihr oft langes Leben im Ausland haben. Die Situation im Kosovo sei nicht geeignet, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Eine Bedarfsermittlung seitens des Staates hinsichtlich notwendiger Unterstützung im psychosozialen Bereich finde nicht statt. Besonders warnt Frau Rushiti vor der Rückführung vergewaltigter Frauen, die extreme Schwierigkeiten nach der Rückkehr haben können, die z.B. im Verlust sozialer Bindungen, in psychischen Folgeproblemen sowie damit verbunden dem Verlust der Existenzgrundlagen bestehen können. Therapeutische Interventionen bei Rückkehrern seien schwierig. Eine Traumatherapie für Rückkehrer sei zwecklos, so Frau Rushiti, wenn nicht Basisbedürfnisse der Existenzsicherung befriedigt sind.

Frau Rushiti weist darauf hin, dass KRCT ausschließlich im Rahmen von aus dem Ausland finanzierten Projekten tätig ist. Im Bereich Rückkehr ist KRCT aktuell in eine Kooperation mit dem Danish Refugee Council eingebunden und unterstützt Personen, die aus Schweden abgeschoben werden.

Der Zugang zu medizinischer Versorgung sei für Rückkehrer oft nicht gegeben. Es werde behauptet, Behandlungen seien kostenlos oder gegen geringe Gebühren zu bekommen, in der Praxis müssten jedoch sämtliche medizinischen Leistungen bezahlt werden. Rückkehrer bekämen im Kosovo in der Regel nicht die ihnen im Ausland verordneten Medikamente, sondern höchstens ähnliche Präparate älterer Generationen. Wenn es die richtigen Medikamente überhaupt gebe, müssten sie auf eigene Kosten und meist sehr teuer gekauft werden.

Die Organisation des Gesundheitssystems sei ebenfalls stark defizitär. Es sei in drei Sektoren, beginnend im Gesundheitszentrum der Gemeinde hin zu spezifische-

ren fachärztlichen und klinischen Leistungen, organisiert, aber eine Koordinierung dieser Bereiche finde nicht statt.

Auffällig war die beschämend rüde Art und Weise, in der der Delegationsleiter Frau Rushiti am Ende ihrer Ausführungen abfertigte. Sie bekam zwar auch ein Gastgeschenk des niedersächsischen Landtages, wurde aber mit dem Hinweis verabschiedet, dass die Leistungen Deutschlands und Niedersachsens für den Kosovo mehr Anerkennung verdienten. Ganz offenkundig stieß die offene Kritik an den Verhältnissen für Abgeschobene aus Deutschland Teile der Delegation vor den Kopf.

### **Familie M, Gjakova**

Vor dem Besuch der Familie wird im Bus vom Delegationsleiter ein Auszug aus der Ausländerakte der Familie einschließlich der drei Vorstrafen des ältesten Sohnes verlesen. Die drei Verurteilungen (Sachbeschädigung, Diebstahl und Körperverletzung) liegen zurück in den Jahren 2007-2008, als der Junge gerade 16 Jahre alt war, trotzdem wird er, obwohl alleine er in der Familie vorbestraft ist, hier als „Aushängeschild“ für Familie dargestellt. Auch wird vorgerechnet, wie viel Geld die achtköpfige Familie den Deutschen Staat gekostet habe. Der Familie wird mangelnde Mitwirkung bei ihrer Ausreise und fehlende Integration vorgeworfen. Begründet wird dies mit dem viermonatigen Untertauchen der Familie in Belgien sowie dem Fehlen eines Schulabschlusses bei den Kindern sowie der nicht erfolgten Arbeitsaufnahme. Dass sich der Vater und der älteste Sohn nach dem Verlassen der Schule um Arbeit bemühten, aber selbst bei Vorlage einer möglichen Arbeitsstelle keine Arbeitserlaubnis bekamen, wird in dem Text nicht erwähnt und musste mündlich ergänzt werden. Auch, dass fünf der sechs Kinder der Familie noch zur Schule gingen und nun wegen der Abschiebung keinen Schulabschluss erwerben konnten, war nicht Bestandteil des verlesenen Auszugs aus der Ausländerakte.

Die Delegation wird von der Familie begrüßt und in das Zimmer im oberen Stock des Hauses gebeten, das, obwohl geräumig, die Delegationsmitglieder kaum fasst. Der älteste Sohn und der Familienvater nehmen Stellung zur Situation der Familie nach ihrer Abschiebung, sagen, dass die jüngeren Kinder kein Albanisch sprächen und sich nicht auf die Straße trauen würden. Der jüngste Sohn erzählt, dass er von fußball-



spielenden Jungs in der Straße geschlagen worden sei. Alle Familienmitglieder sagen, sie wollen wieder zurück nach Deutschland. Als der älteste Sohn beginnt, von einer Hausdurchsuchung am Silvesterabend zu berichten, wird er durch den Vertreter des Niedersächsischen Innenministeriums unterbrochen mit einer Frage nach seinem Schulbesuch. Er wird nachdrücklich zum Zeitpunkt seines Schuleintritts und zu seinem Alter befragt. Mir erschließt sich der Sinn dieser Frage nicht, die Art und Weise der Befragung legt jedoch nahe, dass der Junge einer Falschaussage überführt werden soll. Die Klärung der Altersfrage endete schließlich mit dem Verweis des Familienvaters darauf, dass die Familie erst hier im Kosovo Papiere bekommen habe. Das Thema Schulbesuch des Sohnes wird nicht wieder aufgenommen und bleibt im Unklaren.

Wegen der Probleme mit den Nachbarn wird empfohlen zu überprüfen, ob die Familie nicht an einem anderen Wohnort sicherer aufgehoben wäre, an dem sie nicht die einzigen Roma sind und das Umfeld besser passe. Es wird also Ghettoisierung als Schutz vor Diskriminierung in empfohlen<sup>9</sup>.

Der Familienvater appellierte eindringlich an die Delegation und die verantwortlichen Stellen in Deutschland, dass man seiner Familie doch die Rückkehr nach Deutschland ermöglichen solle. Eilig wird der verzweifelten Romafamilie vom Vertreter des niedersächsischen Innenministeriums in Beamtendeutsch erklärt, dass an ihrer Situation alles rechtens sei. Man solle sich keine falschen Hoffnungen machen, dass die Delegation sich für eine Rückkehr einsetzen werde. Vom Delegationsleiter wird nebenbei die schöne saubere Wohnung gelobt. Nachdem anfänglich insbesondere die Mädchen wiederholt in Tränen ausgebrochen waren, begann die ganze Familie zu weinen und beschwor die Delegationsmitglieder, dass sie im Kosovo nicht bleiben könnten. Das war für die Delegation der Anlass, den Besuch abubrechen, sich eilig zu verabschieden und die Familie allein in ihrem Zimmer zurückzulassen. Unter den ersten, die die bedrückende Situation fliehen, ist die psychologisch geschulte Mitarbeiterin des URA 2 Projekts.

<sup>9</sup> Tatsächlich ist, entgegen intensiver Bemühungen von UNMIK und anderen Internationalen Organisationen, eine starke Ghettoisierungstendenz von Minderheiten im Kosovo festzustellen. Besonders RAE-Minderheiten, die vor der Vertreibung in Dörfern gelebt haben und oft wie ihre Nachbarn Landwirtschaft betreiben haben, wagen sich nicht mehr zurück, Ansprüche auf Besitz werden in vielen Fällen nicht geltend gemacht. Rückkehrer suchen vielmehr häufig den Schutz großer Gemeinschaften, wie z.B. in Fushe Kosova.

Unten im Hof befragt der Vertreter des Innenministeriums im Beisein mehrerer anderer Delegationsmitglieder den kosovo-albanischen Vermieter des Hauses. Dieser gibt Auskunft, dass niemand eines der Kinder geschlagen habe und die Familienmitglieder durchaus das Haus verlassen und sich auch auf Albanisch verständigen können. Auch vom Kioskbetreiber an der Straßenecke wird bestätigt, dass die Kinder auch zum Einkaufen kämen. Auffällig war, wie massiv plötzlich im Vordergrund des Interesses der Delegation stand, ob die Familie unter Umständen übertrieben habe in ihren Ausführungen. Die Frage, inwieweit diese Familie eine Perspektive im Kosovo hat, wenn in zwei Monaten die Unterstützung, die Mietzahlungen und die Hilfe zum Lebensunterhalt wegfallen, wurde überhaupt nicht gestellt. Die Wahrheitsfindung per „Straßenumfrage“ wurde methodisch nicht problematisiert.

### **Medica Kosova, Gjakova**

Mit großer Freundlichkeit, Kaffee und Gebäck werden wir bei Medica Kosova von einer großen Anzahl Mitarbeiterinnen empfangen.

Die Hauptaktivitäten von Medica Kosova liegen im Bereich der Unterstützung von vor und während des Krieges vergewaltigten Frauen. Hier werden therapeutische Einzel- und Gruppensitzungen durchgeführt, sowie Unterstützung in der Lebensunterhaltssicherung. Vergewaltigungen stellen für die Frauen nicht allein ein schlimmes Trauma dar, sondern setzen sie in der albanischen Kultur im Kosovo auch der Gefahr der Ächtung und des Ausstoßes aus der Familie aus. Die von Medica Kosova betreuten Betroffenen – die Leiterin des Büros sprach von ca. 20.000 vor und während des Kriegs vergewaltigten Frauen – gehören fast ausschließlich der albanischen Bevölkerungsmehrheit an.

In allen uns bekannten Familiengeschichten und Einzelschicksalen von Roma aus Kosovo gingen Vergewaltigungen und andere Verbrechen an Roma überwiegend von extremistischen kosovo-albanischen Tätern aus und fanden im Zuge von Rache und Vertreibungsaktionen gegen Ende des Krieges um 1999 statt. Verständlicherweise scheuen diese Frauen davor zurück, sich an eine albanische Organisation zu wenden und ihr zu offenbaren.

Mit aus Deutschland abgeschobenen Frauen oder Familien hat dieses Projekt keine Erfahrung.

## Empfehlungen

Dieser Bericht fußt auf einem lediglich eine Woche dauernden Aufenthalt im Kosovo. Hieraus können also nur begrenzt Aussagen abgeleitet werden. Insbesondere deshalb soll die erste und wichtigste Empfehlung sein, existierende Berichte, wie zum Beispiel die verschiedenen aktuellen und gut recherchierten Berichte von UNICEF, ernst zu nehmen. In vielen wesentlichen Aussagen bestätigen unsere Erfahrungen und Informationen diese Berichte.

Abschiebungen in den Kosovo sind nicht vertretbar, denn auch unsere Erfahrungen belegen, dass ein gesichertes und menschenwürdiges Leben von Abgeschobenen nicht zu garantieren ist, nicht einmal auf Zeit durch die beschriebenen Programme.

Besonders hingewiesen sei an dieser Stelle jedoch auch noch einmal auf die Situation von Roma. Die Lage von RAE-Minderheiten ist schwierig zu beschreiben; auch unter den Roma im Kosovo gibt es wohlhabende und hoch gebildete Familien. In vielen Fällen sind aber gerade Roma besonders in ihrer Existenz gefährdet, weil sie teils heftigen und gewaltsamen Angriffen ausgesetzt sind, in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen sind, und ebenfalls außergewöhnlich unter alltäglicher Diskriminierung zu leiden haben. Diese versperrt in vielen Fällen effektiv den Zugang zu Leistungen, zum Arbeitsmarkt, und führt dazu, dass sich Roma vielfach nicht frei bewegen können. Die Diskriminierung von Roma wird vielfach verschwiegen oder kleingeredet, weil Kosovo die Bewahrung ethnischer Vielfalt und die Wahrung der Minderheitenrechte in die Verfassung schrieb. Auch gibt es wenig Berichte über Übergriffe oder Diskriminierungen, weil die Angst der Roma selbst, Übergriffe bei kosovarischen Behörden anzuzeigen, aus Angst vor möglichen Konsequenzen, die Mehrzahl von Angriffen nicht ans Licht kommen läßt. Roma im Kosovo haben Strategien entwickelt, mit dieser Situation umzugehen. Dies trifft allerdings, wie uns von Roma aus dem Kosovo berichtet wurde, nicht auf die Kinder und Jugendlichen zu, die unter anderen Bedingungen zum Beispiel in Deutschland aufwuchsen. Sie haben nicht das notwendige Repertoire, um sich im Kosovo zu behaupten.

Der Zugang zu Leistungen ist für zurückkehrende Roma nur sehr eingeschränkt wahrnehmbar. Ist es im

Kosovo weithin akzeptiert, dass sich Kosovo-Serben nicht an kosovo-albanische Stellen wenden können oder wollen, und gibt es deshalb in serbischen Enklaven im Kosovo z.B. eigene Außenstellen der Sozialämter mit serbischem Personal, so verfügen Roma und generell RAE Minderheiten nicht über das politische Gewicht, dies für sich geltend zu machen. Von ihnen wird erwartet, dass sie das durchgängig albanische Personal von Beratungsstellen akzeptieren. Die nach wie vor bestehenden ethnischen Spannungen werden totgeschwiegen, was zu einer umfassenden alltäglichen Diskriminierung führt.

Schließlich sei noch mal auf die eingangs beschriebenen Beispiele von Familien hingewiesen, die es nur mit langjähriger Unterstützung schafften, sich unter fragilen Umständen im Kosovo zu behaupten. Hier greifen die Angebote der deutschen Rückkehrberatungsstellen mit ihren Fristen viel zu kurz, und auch das kosovarische Reintegrationsprogramm, entworfen mit der Unterstützung deutscher Behörden, wird der Aufgabe einer Reintegrationshilfe nicht gerecht. Sechs Monate Lebensmittel und Mietzahlung sind keine Reintegration, sondern verschieben nur geringfügig den Zeitpunkt, an dem Abgeschobene ins Elend stürzen oder sich wieder auf den Weg machen.

Dies sollte Anlass sein, über Alternativen nachzudenken. Es macht mehr Sinn, Familien, gerade wenn diese vielleicht Schwierigkeiten mit ihrer Integration in Deutschland haben mögen, in Deutschland zu unterstützen und dafür auch Geld in die Hand zu nehmen, als in ihrer Wirkung mehr als zweifelhaft, weil nicht nachhaltige Programme und Büros im Kosovo zu finanzieren. Der Unterhalt solcher Büros kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erfahrung einer Abschiebung traumatisierend und die Situation im Kosovo schlimm ist für Abgeschobene. Auch wer einige Ansätze von Rückkehrhilfen vor Ort in Anbetracht der mühsamen Arbeit im Kosovo zu würdigen weiß, muss zugeben: Ein Ruhmesblatt der Reintegrationspolitik ist es nicht, wenn Abgeschobene auch viele Jahre nach ihrer Abschiebung in Armut und Ausgrenzung leben, sofern sie nicht Geld von in Deutschland lebenden Verwandten erhalten.

Familie Meta hat den festen Vorsatz, den Kosovo wieder zu verlassen. Dass alle Abgeschobenen, die dazu die Chance haben, vor allem im Ausland aufgewachse-

ne Jugendliche, eine Rückkehr, und zwar eine Rückkehr in das Land, in dem sie sich zu Hause fühlen, zumeist auch umsetzen, bestätigt ein Bericht des Dänischen Flüchtlingsrats<sup>10</sup>. Viele Beispiele zeigen, dass sich die in Deutschland aufgewachsenen Kinder auch nach der Abschiebung als Deutsche fühlen. Sie suchen und finden Mittel und Wege finden um zurückzukehren. Es besteht also Grund zu der Annahme, dass Abschiebungen heute die Illegalen von morgen produzieren.

---

<sup>10</sup> DRC (2011): Long-term sustainability of return of rejected asylum seekers to Kosovo. Kopenhagen